

AMTSBLATT

des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

Nr. 11

München, den 10. Dezember 2010

65. Jahrgang

Inhaltsübersicht

Datum		Seite
	Personalwesen	
18.11.2010	2035-F Vorbereitung und Durchführung der regelmäßigen Wahlen zu den Personalvertretungen 2011 - Az.: PE - P 1051 - 001 - 40 663/10 -	202
18.11.2010	2035-F Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Personalvertretungen - Az.: PE - P 1051 - 001 - 40 664/10 -	210
	Ausbildungs- und Prüfungswesen	
18.11.2010	Durchführung der Zwischenprüfung 2011 in der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer - Az.: PE - P 3532 - 002 - 46 085/10 -	257
18.11.2010	Durchführung der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer (bisher: Steuersekretärprüfung) 2011 - Az.: PE - P 3533 - 002 - 46 108/10 -	257
22.11.2010	Durchführung der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Staatsfinanz (bisher: Regierungssekretär- prüfung) 2011 - Az.: PE - P 3533 - 001 - 46 111/10 -	258
22.11.2010	Durchführung der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der dritten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer (bisher: Steuerinspektorprüfung) 2011 - Az.: PE - P 3534 - 002 - 46 086/10 -	258

Personalwesen

2035-F

Vorbereitung und Durchführung der regelmäßigen Wahlen zu den Personalvertretungen 2011

**Bekanntmachung
des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

vom 18. November 2010

Az.: PE - P 1051 - 001 - 40 663/10

I.

Die regelmäßige Amtszeit der 2006 nach dem Bayerischen Personalvertretungsgesetz (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, S. 612), gewählten Personalvertretungen (örtliche Personalräte, Bezirks-, Haupt- und Gesamtpersonalräte) sowie der 2008 gewählten Jugendvertretungen (örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Bezirks-, Haupt- und Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretungen) endet am 31. Juli 2011 (Art. 26 Abs. 2 und 4; Art. 54 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Art. 26 Abs. 2 und 4; Art. 56 in Verbindung mit Art. 54 Abs. 1 Satz 1, Art. 26 Abs. 2 und 4; Art. 60 Abs. 2 Satz 3; Art. 64 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 2 Satz 3; Art. 64 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2, Art. 60 Abs. 2 Satz 3 BayPVG).

Die Neuwahlen finden in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 2011 statt (Art. 26 Abs. 3; Art. 54 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Art. 26 Abs. 3; Art. 56 in Verbindung mit Art. 54 Abs. 1 Satz 1, Art. 26 Abs. 3; Art. 60 Abs. 2 Satz 2; Art. 64 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 2 Satz 2; Art. 64 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2, Art. 60 Abs. 2 Satz 2 BayPVG).

Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sind Aufgaben der Wahlvorstände, die gemäß Art. 20 bis 23, Art. 53 Abs. 3 und 4, Art. 56, 60 Abs. 1, Art. 64 Abs. 1 Satz 2, Art. 64 Abs. 2 Satz 2 BayPVG bestellt bzw. gewählt werden.

Die Wahlvorstände werden von den Personalräten, die Bezirks- und Hauptwahlvorstände von den jeweiligen Stufenvertretungen und die Gesamtwahlvorstände von den jeweiligen Gesamtpersonalräten bestellt.

Die Wahlvorstände bestehen aus jeweils drei Wahlberechtigten (Art. 20 Abs. 1 Satz 1 BayPVG). Die Bezirkswahlvorstände bei den Regierungen bestehen aus fünf, der Hauptwahlvorstand beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus aus acht und der Hauptwahlvorstand beim Staatsministerium des Innern aus fünf Wahlberechtigten (Art. 53 Abs. 3 Satz 5, Abs. 6 BayPVG).

Die Bestellung des Wahlvorstands für die Wahl der Jugendvertretungen erfolgt durch die jeweiligen Personalvertretungen (Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG; Art. 64 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG in Verbindung mit § 44 Satz 1 WO-BayPVG; Art. 64 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG in Verbindung mit § 51 WO-BayPVG; Art. 64 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit

Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayPVG in Verbindung mit § 53 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG). Der Wahlvorstand besteht ausnahmslos aus drei Beschäftigten (§ 32 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG). Die in der Dienststelle vertretenen Gruppen brauchen dabei nicht berücksichtigt werden, da für die Jugend- und Auszubildendenvertretung die Einteilung der Beschäftigten in Gruppen generell ohne Bedeutung ist. Dem Wahlvorstand muss mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person angehören, die nicht zur Jugend- und Auszubildendenvertretung bzw. zur Bezirks-Jugend- und Auszubildendenvertretung bzw. zur Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung bzw. zur Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist (§ 32 Abs. 1 Satz 2, § 44 Satz 1, §§ 51, 53 Abs. 2 WO-BayPVG).

Einzelne Beschäftigte können in mehreren Wahlvorständen Mitglieder sein. Zur Vermeidung von Wahlanfechtungen sollte im Hinblick auf den rechtskräftigen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Ansbach vom 30. Juli 1979 – AN 10 PV 79 – jedoch darauf geachtet werden, dass eine absolute Personenidentität zweier Wahlvorstände (z. B. der Bezirkswahlvorstand besteht aus denselben drei Beschäftigten wie der örtliche Wahlvorstand) nicht gegeben ist.

Mittelbehörde, an der Bezirkspersonalräte gebildet werden, sind auch der Standort Nürnberg des Bayerischen Landesamts für Steuern und die Regionalabteilungen Nord und Ost im Landesamt für Vermessung und Geoinformation (Art. 53 Abs. 1 Satz 3 BayPVG).

II.

Im Interesse einer reibungslosen Durchführung der Wahlen im gesamten Geltungsbereich des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes schlage ich vor, die Bestellung der Wahlvorstände Anfang des Jahres 2011 so rechtzeitig vorzunehmen, dass die Namen ihrer Mitglieder spätestens am Montag, 14. Februar 2011, bekannt gegeben werden können und die **Stimmabgabe einheitlich** an dem mit den übrigen Ressorts und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände abgestimmten Termin, **Dienstag 17. Mai 2011**, erfolgen kann. Dies gilt vor allem für Verwaltungen, in denen außer den Personalräten auch Stufenvertretungen oder Gesamtpersonalräte gewählt werden.

Die Wahlen zu den örtlichen Personalvertretungen sollen möglichst gleichzeitig mit den Wahlen zu den Stufen- und Gesamtpersonalvertretungen stattfinden (§ 37; § 46 in Verbindung mit § 37; § 53 Abs. 1 in Verbindung mit § 37; § 45 in Verbindung mit § 37; § 52 in Verbindung mit § 45 in Verbindung mit § 37; § 53 in Verbindung mit § 45 in Verbindung mit § 37 WO-BayPVG).

Ausgehend vom Dienstag, 17. Mai 2011, als Tag der Stimmabgabe würde sich nach der Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz nachfolgender Zeitplan ergeben:

- Unverzüglich nach Bestellung, Wahl oder Einsetzung des Wahlvorstands, spätestens am Montag, 14. Februar 2011:

Bekanntgabe der Namen der Mitglieder des Wahlvorstands

(§ 1 Abs. 5 WO-BayPVG),

- spätestens am Montag, 21. Februar 2011:

Vorlage des Ergebnisses etwaiger Vorabstimmungen

(§ 4 Abs. 2 WO-BayPVG),

- nach Ablauf der Frist für die Bekanntgabe der Ergebnisse etwaiger Vorabstimmungen (§ 4 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG), jedoch spätestens am Montag, 7. März 2011:

Erlass und Bekanntgabe des Wahlausschreibens mit einem Abdruck der WO-BayPVG

(§ 6 Abs. 1 WO-BayPVG),

- innerhalb von 25 Kalendertagen nach Erlass des Wahlausschreibens:

Einreichung von Wahlvorschlägen

(§ 7 Abs. 2 WO-BayPVG),

- spätestens am Montag, 2. Mai 2011:

Bekanntgabe der Wahlvorschläge

(§ 13 WO-BayPVG),

- **Dienstag, 17. Mai 2011:**

Tag der Stimmabgabe,

- spätestens am Montag, 23. Mai 2011:

Feststellung des Wahlergebnisses

(§ 20 Abs. 1 WO-BayPVG),

- spätestens am Mittwoch, 25. Mai 2011:

Feststellung des Wahlergebnisses für die Wahl der Bezirks- und Gesamtpersonalräte

(§ 43 Abs. 3, § 45 Abs. 1, § 53 Abs. 1 und 2 WO-BayPVG),

- spätestens am Montag, 30. Mai 2011:

Feststellung des Wahlergebnisses für die Wahl der Hauptpersonalräte

(§ 43 Abs. 3, §§ 50, 52 WO-BayPVG),

- spätestens am Dienstag, 31. Mai 2011:

Einberufung der konstituierenden Sitzung der neu gewählten örtlichen Personalräte und der Jugendvertretungen (örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretung, Stufen-/Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung)

(Art. 34 Abs. 1 Satz 1, Art. 61 Abs. 2, Art. 64 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 2 BayPVG),

- spätestens am Dienstag, 7. Juni 2011:

Einberufung der konstituierenden Sitzung der neu gewählten Bezirks-, Haupt- und Gesamtpersonalräte

(Art. 54 Abs. 1 Satz 2, Art. 56 BayPVG).

Die Fristen sind in entsprechender Anwendung der §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu berech-

nen (§ 61 Satz 1 WO-BayPVG). Tage werden so gezählt, dass sie von Mitternacht bis Mitternacht laufen. Ist für den Anfang einer Frist ein bestimmtes Ereignis oder ein in den Lauf des Tages fallender Zeitpunkt maßgebend, wird der Tag nicht mitgerechnet, in den das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt (§ 187 Abs. 1 BGB). Dies gilt beispielsweise für die Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlvorstands (§ 1 Abs. 5 WO-BayPVG). Die Frist, die zwischen der Bekanntgabe und dem Tag der Stimmabgabe liegt, beginnt um 0 Uhr des auf die Bekanntgabe folgenden Tages und endet um 24 Uhr des Tages vor der Stimmabgabe. Sie muss mindestens 91 volle Kalendertage umfassen.

Einige in den Wahlvorschriften genannte Zeitpunkte bestimmen zugleich den Anfang und das Ende einer Frist. Dies betrifft etwa die genannte Frist von 91 Kalendertagen des § 1 Abs. 5 WO-BayPVG: Der Anfang der Frist, die mindestens zwischen Bekanntgabe und dem Tag der Stimmabgabe liegen muss, ist zugleich das Ende der Frist, innerhalb der die Bekanntgabe vorgenommen werden kann. Daher kann in diesen Fällen § 193 BGB angewendet werden (Verschiebung des Fristendes von arbeitsfreien Tagen auf das Ende des ersten nachfolgenden Werktags).

Sind in Wahlvorschriften zwei Zeitpunkte genannt, bis zu denen spätestens eine bestimmte Handlung zu bewirken ist (§ 1 Abs. 5, § 3 Abs. 2, § 6 Abs. 1 WO-BayPVG), sind beide zu beachten. Im Ergebnis ist also der jeweils frühere maßgebend.

Auf die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge (§ 7 Abs. 2 WO-BayPVG) wird besonders hingewiesen. Der Wahlvorstand kann sie am letzten Tag auf das Ende der üblichen Dienstzeit begrenzen (§ 7 Abs. 2 Satz 4 WO-BayPVG).

Keine Bedenken bestehen, wenn im Bereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus hinsichtlich der Lehrkräfte die Stimmabgabe an drei Tagen und in den Geschäftsbereichen, in denen Schichtdienst geleistet wird, die Stimmabgabe an zwei Tagen ermöglicht wird. Auf die erweiterten Möglichkeiten der schriftlichen Stimmabgabe wird hingewiesen (§ 19 WO-BayPVG).

Für die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, der Stufen-Jugend- und Auszubildendenvertretungen und der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretungen gelten die gleichen Fristen wie für die Wahl der Personalvertretungen. Vorabstimmungen (§ 4 in Verbindung mit § 32 Abs. 1 WO-BayPVG) finden nicht statt.

Für die Wahl der Vertrauensperson der Beamten in Ausbildung und der nicht zum Stammpersonal gehörenden Beamten der Einsatzstufen der Bayerischen Bereitschaftspolizei gelten erheblich verkürzte Fristen (§ 60 Abs. 2 WO-BayPVG). Auch hier gibt es keine Vorabstimmung.

III.

Für die Vorbereitung und Durchführung der regelmäßigen Personalvertretungswahlen wird insbesondere auf folgende Vorschriften des BayPVG hingewiesen:

Zu Art. 13 BayPVG

Nach Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG sind wahlberechtigt auch „Beschäftigte, die einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in öffentlich-

rechtlicher Rechtsform ohne volle Rechtspersönlichkeit oder die einem privaten Arbeitgeber zur Arbeitsleistung überlassen werden“.

Nach § 44b Abs. 1 Satz 1 SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 3. August 2010 (BGBl I S. 1112) bilden die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur einheitlichen Durchführung der Grundsicherung im Gebiet jedes kommunalen Trägers eine gemeinsame Einrichtung. Die gemeinsame Einrichtung führt gemäß § 6d SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Bezeichnung Jobcenter. In der gemeinsamen Einrichtung wird eine Personalvertretung nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz gebildet, zu der die dort Beschäftigten das aktive und das passive Wahlrecht besitzen (§ 44h SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG ist dahingehend auszulegen, dass er **auch die Beschäftigten, die einem Jobcenter zur Arbeitsleistung überlassen werden, erfasst**. Die gemeinsamen Einrichtungen treten an die Stelle der bisherigen Arbeitsgemeinschaften. Sie nehmen die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften wie bisher als Mischbehörde wahr. Die Träger dieser Aufgaben sind nach wie vor die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen. Es gibt keinen Grundsatz, nach dem es kein „doppeltes Wahlrecht“ zu den Personalvertretungen verschiedener Dienststellen geben darf. Die den gemeinsamen Einrichtungen zugewiesenen Beschäftigten kommunaler Träger behalten ihr aktives und auch ihr passives Wahlrecht zur Personalvertretung bei der überlassenden Dienststelle (Art. 14 Abs. 2 Satz 2 BayPVG). Dies gilt auch für das Wahlrecht zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Gemäß Art. 13 Abs. 3 Buchst. c BayPVG **endet** mit Beginn der **Freistellungsphase der Altersteilzeit (Blockmodell)** wegen der nur lockeren Bindung zur Dienststelle für diese Beschäftigten das **aktive und auch das passive Wahlrecht** (Art. 14 Abs. 1 Satz 1 BayPVG). Dagegen sind die Beschäftigten in der Freistellungsphase des Blockmodells der Altersteilzeit regelmäßig bei der Ermittlung der Zahl der „in der Regel Beschäftigten“ (vgl. z. B. Art. 16 Abs. 1 BayPVG) zu berücksichtigen. Etwas anderes gilt jedoch dann, wenn bereits im Prognosezeitpunkt feststeht, dass die Stelle nicht mehr nachbesetzt wird.

Die **Wahlberechtigung** bleibt während eines **Freistellungsjahres gemäß Art. 88 Abs. 4 BayBG** (vgl. z. B. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über das Freistellungsjahr für Beschäftigte an staatlichen Schulen vom 19. April 2001 – Az.: II/2 – P 4004 – 6/41 354 –, KMBl I S. 94) – sog. Sabbatjahr – bestehen, da im Gegensatz zur Freistellungsphase der Altersteilzeit die Bindung an die Dienststelle bestehen bleibt.

§ 16d Satz 2 SGB II regelt ausdrücklich, dass die Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten (sog. „**Ein-Euro-Jobs**“) kein Arbeitsverhältnis begründet. Damit unterfallen die Teilnehmer von Arbeitsgelegenheiten auch **nicht dem Beschäftigtenbegriff des Art. 4 Abs. 3 BayPVG**. Sie sind infolgedessen bei den Wahlen weder wahlberechtigt noch wählbar. Sie zählen nicht zu den „in der Regel Beschäftig-

ten“ bei Ermittlung der Größe der Personalvertretungen (vgl. z. B. Art. 16 Abs. 1 BayPVG).

Zu Art. 14 Abs. 3 BayPVG

Gemäß Art. 14 Abs. 3 BayPVG sind für die Personalvertretung ihrer Dienststelle die in Art. 7 Abs. 1 Sätze 1 bis 3, Abs. 2 und 3 BayPVG genannten Personen sowie Beschäftigte, die zu selbstständigen Entscheidungen in Personalangelegenheiten der Dienststelle befugt sind, nicht wählbar. **Andere Beschäftigte im Sinn des Art. 7 Abs. 1 Satz 4 BayPVG, die vom Leiter der Dienststelle in der Regel nur projektbezogen oder für einzelne Aufgabenbereiche** als Vertreter gegenüber der Personalvertretung bestellt werden, bleiben mangels Arbeitgeberfunktion weiterhin für die Personalvertretung **wählbar**.

Zu Art. 27 Abs. 5 BayPVG

Hat die **Amtszeit** eines örtlichen Personalrats zu Beginn des in Art. 26 Abs. 3 BayPVG für die regelmäßigen Personalratswahlen festgelegten Zeitraums **noch nicht ein Jahr** betragen, so ist der Personalrat in dem übernächsten Zeitraum der regelmäßigen Personalratswahlen neu zu wählen. Die nächste regelmäßige Wahl zu diesem Personalrat findet in diesem Fall **erst 2016** statt (Art. 27 Abs. 5 BayPVG). Entsprechendes gilt für die Stufenvertretungen gemäß Art. 27 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 54 Abs. 1 BayPVG und den Gesamtpersonalrat gemäß Art. 27 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 54 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 56 BayPVG, sowie für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen gemäß Art. 60 Abs. 2 Satz 5, Art. 64 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 2 BayPVG. Die nächste regelmäßige Wahl zu diesen Jugend- und Auszubildendenvertretungen findet **2014** statt.

Zu Art. 60 Abs. 2 BayPVG

Die Dauer der **Amtszeit der 2011 gewählten Jugend- und Auszubildendenvertretungen beträgt zwei Jahre und sechs Monate**. Entsprechendes gilt über die Verweisungen in Art. 64 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 2 BayPVG auch für die Bezirks-/Haupt- und Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

IV.

Für die Vorbereitung und Durchführung der regelmäßigen Personalvertretungswahlen 2011 ist die Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (WO-BayPVG) vom 12. Dezember 1995 (GVBl S. 868, BayRS 2035-2-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. April 2010 (GVBl S. 196), anzuwenden.

Auf einige durch die Verordnung vom 13. April 2010 (GVBl S. 196) geänderte Vorschriften der Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz wird nachfolgend besonders hingewiesen:

Zu § 1 WO-BayPVG

Gemäß § 1 Abs. 1 WO-BayPVG haben bei Entscheidungen, die in Sitzungen getroffen werden, sämtliche Mitglieder des Wahlvorstands, im Verhinderungsfall die Ersatzmitglieder, mitzuwirken. Bei Verhinderung eines Wahlvorstandsmitglieds kann nach § 1 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG n. F. ein **verfügbares Ersatzmitglied**, möglichst jedoch aus derselben Gruppe wie das verhinderte Wahlvorstandsmit-

glied herangezogen werden. Diese Maßgabe des neuen Halbsatzes 2 knüpft an Art. 20 Abs. 1 Satz 4 BayPVG an. Entsprechend dieser als Sollbestimmung gefassten Regelung kann jedoch bei Verhinderung oder gänzlichem Fehlen von Ersatzmitgliedern derselben Gruppe auch ein anderes Ersatzmitglied nachrücken.

Beschlüsse des Wahlvorstands werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst; hierbei ist Stimmenthaltung nicht zulässig.

§ 1 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. enthält eine **Grundnorm für Bekanntmachungen des Wahlvorstands und die Bekanntgabe**. Der Begriff der Bekanntmachung bezeichnet das ausgefertigte Schriftstück, der Begriff der Bekanntgabe den Vorgang des Aushangs in schriftlicher oder elektronischer Form.

Bekanntmachungen des Wahlvorstands sind schriftlich abzufassen. Erforderlich gemäß § 126 BGB ist die eigenhändige Unterzeichnung durch Namensunterschrift. Die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden genügt, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Mit Bekanntgabe ist in der Wahlordnung nunmehr eine Bekanntgabe nach § 1 Abs. 2 WO-BayPVG gemeint, sofern nicht eine besondere abweichende Regelung, wie etwa in § 23 WO-BayPVG, der einen zweiwöchigen Aushang vorschreibt, getroffen wird. Die Bekanntgabe hat gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG durch Aushang eines Abdrucks an geeigneter Stelle in der Dienststelle und ihren nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teilen, die nicht als selbstständige Dienststellen gelten, bis zum Abschluss der Stimmabgabe zu erfolgen. Nach § 1 Abs. 2 Satz 3 WO-BayPVG soll die Bekanntgabe zur Steigerung der Publizitätswirkung zusätzlich zu dem Aushang mittels der in der Dienststelle vorhandenen Informations- und Kommunikationstechnik, das ist in der Regel das Intranet, erfolgen. Eine ausschließlich elektronische Bekanntgabe gemäß § 1 Abs. 2 Satz 4 WO-BayPVG ist möglich, wenn alle Wahlberechtigten die Möglichkeit zur Kenntnisnahme haben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass eine ausschließlich elektronische Bekanntgabe nur in Betracht kommt, wenn eine mit der Bekanntgabe in Papierform vergleichbare Publizität erreicht wird und ein uneingeschränkter Zugang der Beschäftigten zu dem „elektronischen Aushang“ gewährleistet ist.

Besonders hinzuweisen ist außerdem auf die durch die Verordnung vom 13. April 2010 erfolgten Änderungen in § 1 Abs. 5 WO-BayPVG:

Zusätzlich zu den bereits bisher erforderlichen Angaben ist nunmehr **auch die E-Mail-Adresse der Mitglieder des Wahlvorstands** bekanntzugeben.

Die **Bekanntgabefrist wurde flexibilisiert**. Die Bekanntgabe hat jetzt **unverzüglich** nach der Bestellung, Wahl oder Einsetzung des Wahlvorstands zu erfolgen, spätestens jedoch 91 Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe. „Unverzüglich“ erfolgt eine Bekanntgabe nach der entsprechend heranzuziehenden Legaldefinition des § 121 Abs. 1 Satz 1 BGB, wenn sie „ohne schuldhaftes Zögern“ erfolgt.

Zu § 2 WO-BayPVG

Der Termin in § 2 Abs. 3 WO-BayPVG für die Auslegung des Wählerverzeichnisses wurde vorverlegt. Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses ist nunmehr **vom Tag der Einleitung der Wahl, der mit dem Tag der Bekanntgabe des Wahlausschreibens zusammenfällt (§ 6 Abs. 1 Satz 2, Abs. 4 WO-BayPVG)**, bis zum Abschluss der Stimmabgabe (§ 16 WO-BayPVG) an geeigneter Stelle zur Einsicht auszuliegen.

Insbesondere in größeren Dienststellen mit unselbstständigen nachgeordneten Dienststellen (vgl. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 BayPVG) oder nichtselbstständigen Nebenstellen oder Dienststellenteilen (vgl. Art. 6 Abs. 3 und 5 Satz 2 BayPVG) ist darauf zu achten, dass alle Beschäftigten die Möglichkeit der Einsichtnahme haben.

Zu § 3 WO-BayPVG

Die Einspruchsfrist beträgt 30 Kalendertage ab Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 3 Abs. 1 WO-BayPVG).

Über den Einspruch entscheidet der Wahlvorstand unverzüglich durch Beschluss gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 WO-BayPVG. Nach § 3 Abs. 2 Satz 3 WO-BayPVG n. F. ist die **Entscheidung dem Einspruchsführer** unverzüglich, spätestens jedoch fünf Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe **schriftlich** mitzuteilen.

Zu § 4 WO-BayPVG

Soll die Verteilung der Mitglieder des Personalrats auf die Gruppen abweichend von Art. 17 BayPVG geordnet werden (Art. 18 Abs. 1 BayPVG) oder soll, wenn der Personalrat aus mehr als einer Person besteht, die gemeinsame Wahl durchgeführt werden (Art. 19 Abs. 2 BayPVG), so sind hierzu entsprechende Vorabstimmungen erforderlich (§ 4 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG).

Die Doppelfrist in § 4 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG wurde beseitigt und durch eine **einfache Spätestensfrist** ersetzt. Das Ergebnis etwaiger Vorabstimmungen wird nunmehr nur berücksichtigt, wenn es dem Wahlvorstand spätestens 84 Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe vorliegt.

Zu § 6 WO-BayPVG

Gemäß § 6 Abs. 1 WO-BayPVG darf das Wahlausschreiben frühestens nach Ablauf der Frist für die Bekanntgabe etwaiger Vorabstimmungen (§ 4 Abs. 2 WO-BayPVG), also frühestens 83 Kalendertage vor dem ersten Tag der Stimmabgabe erlassen werden. **Spätestens** muss das Wahlausschreiben gemäß § 6 Abs. 1 WO-BayPVG n. F. **70 Kalendertage** vor dem ersten Tag der Stimmabgabe erlassen werden.

Die Bekanntgabe hat am Tag des Erlasses des Wahlausschreibens zu erfolgen, da aus dem Inhalt des Wahlausschreibens die Einhaltung und Berechnung der mit dem Zeitpunkt des Erlasses in Beziehung gesetzten Fristen erkennbar sein muss (vgl. BVerwG, Beschluss vom 17. Juli 1980 – 6 P 4.80 –). Da das Datum des Erlasses aber nicht mit dem Tag des Beschlusses des Wahlvorstands zusammenfallen muss, sondern frei bestimmbar ist – d. h. auch mehrere Tage in die Zukunft (vor-)datiert werden kann – können etwaige Verzögerungen aus der Übermittlung an

die Dienststellen oder Dienststellenteile eingeplant und so mögliche Wahlanfechtungsgründe vermieden werden. Es ist dann nur sicherzustellen, dass die frühzeitig belieferten Dienststellen den Aushang auch exakt am Tag des Erlasses vornehmen.

Die Bekanntgabe erfolgt nach der Vorschrift des § 1 Abs. 2 WO-BayPVG mit der Besonderheit, dass das Wahlausschreiben gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstands zu unterzeichnen ist. Ein Abdruck des vollständigen Textes der Wahlordnung ist beizufügen.

Der Mindestinhalt des Wahlausschreibens ergibt sich aus § 6 Abs. 2 WO-BayPVG. Besonders hinzuweisen ist auf folgende Neuregelungen:

§ 6 Abs. 2 Buchst. 1 WO-BayPVG wurde in Anpassung an den neuen § 7 Abs. 2 WO-BayPVG dahingehend geändert, dass das Wahlausschreiben nun die Aufforderung enthalten muss, Wahlvorschläge innerhalb von 25 Kalendertagen nach Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand einzureichen. Die früher bestehende Doppelfrist wurde durch eine einfache Frist ersetzt.

§ 6 Abs. 2 Buchst. q WO-BayPVG wurde an die neue Fassung des § 19 WO-BayPVG angepasst. Das Wahlausschreiben muss nun einen Hinweis darauf enthalten, ob für Beschäftigte im Schichtbetrieb oder von nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teilen einer Dienststelle die schriftliche Stimmabgabe angeordnet wird, wann in diesem Fall die Wahlunterlagen ausgehändigt oder übersandt werden und wo gleichwohl die Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht.

Zu § 7 WO-BayPVG

In § 7 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG wurde der zweite Bestandteil der bisherigen Doppelfrist beseitigt. Wahlvorschläge sind nunmehr innerhalb einer **einfachen Frist von 25 Kalendertagen** nach Erlass des Wahlausschreibens einzureichen.

Nach dem neu eingefügten § 7 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG **sollen** die Wahlvorschläge dem Wahlvorstand **zusätzlich in elektronischer Form** mit den in § 8 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 WO-BayPVG genannten Angaben (und damit ohne Unterstützungsunterschriften) übermittelt werden.

Zu § 10 WO-BayPVG

§ 10 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG stellt nunmehr ausdrücklich klar, dass der Wahlvorstand die Wahlvorschläge **unverzüglich** (zum Begriff vgl. bereits oben zu § 1 WO-BayPVG) auf ihre Gültigkeit hin **zu überprüfen** hat.

Die Bezeichnung eines **nicht wählbaren Bewerbers auf dem Wahlvorschlag** stellt nach § 10 Abs. 5 Satz 1 Buchst. a WO-BayPVG n. F. einen **heilbaren Verstoß** gegen die Anforderungen dar. Den Listenvertretern ist daher nunmehr die Gelegenheit zur Beseitigung des Mangels zu geben.

Zu § 12 WO-BayPVG

Die bisher gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG a. F. geltende **Frist für die Vergabe von Ordnungsnummern** von drei Arbeitstagen nach Ablauf der in § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 und 5 WO-BayPVG genannten Vorfristen wurde

gestrichen. Nach Ablauf der in § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 bis 5 WO-BayPVG genannten Fristen liegt die Wahl des Zeitpunkts für die Vergabe von Ordnungsnummern innerhalb der Spätstensfrist des § 13 WO-BayPVG für die Bekanntgabe der Wahlvorschläge (die in vollständiger Form mit Ordnungsnummer und Bezeichnung bzw. Kennwort zu erfolgen hat) nunmehr im Ermessen der Wahlvorstände.

Nach den neu gefassten Sätzen 2 und 3 des § 12 WO-BayPVG findet die Vergabe von **Ordnungsnummern** nunmehr durch den jeweiligen Wahlvorstand **auf jeder Stufe gesondert** statt. Sie richtet sich nicht mehr einheitlich nach der auf der obersten Stufe bzw. auf der Ebene des Gesamtpersonalrats vergebenen Ordnungsnummer. Die **Reihenfolge entscheidet sich nach dem Wahlergebnis bei der letzten Wahl.** Nur bei Stimmgleichheit von Wahlvorschlägen bzw. bei mehreren „neuen“ Wahlvorschlägen muss die Vergabe der Ordnungsnummern noch durch Losentscheid erfolgen.

Zu § 13 WO-BayPVG

Gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG n. F. hat der Wahlvorstand die als gültig anerkannten Wahlvorschläge unter Beifügung von Ordnungsnummer und Bezeichnung bzw. Kennwort bekannt zu geben.

Die bisherige **Doppelfrist in § 13 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG ist entfallen.** Durch den Verweis auf § 12 WO-BayPVG ist jedoch klargestellt, dass das Verfahren zur Vergabe von Ordnungsnummern, das den Ablauf der in § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 3 und 5 WO-BayPVG genannten Fristen voraussetzt, der Bekanntgabe vorangehen muss.

Die Spätstensfrist für die Bekanntgabe der Wahlvorschläge wurde **auf 14 Kalendertage** vor dem ersten Tag der Stimmabgabe **verkürzt.**

Zu § 16 WO-BayPVG

Nach § 16 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 WO-BayPVG a. F. sollten in jedem Fall getrennte Wahlurnen für die jeweiligen Gruppen verwendet werden. Nach § 16 Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 WO-BayPVG n. F. kann auf die **Verwendung getrennter Wahlurnen verzichtet** werden, wenn auf Grund der Beschaffenheit der Stimmzettel (§ 14 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG) **keine Verwechslungsgefahr** besteht.

Zu § 17 WO-BayPVG

Der neu eingefügte § 17 Abs. 2 Satz 3 WO-BayPVG normiert die **fortbestehende Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe**, wenn der Wahlberechtigte entgegen der ursprünglichen Annahme am Wahltag nicht verhindert ist. Danach bleibt die persönliche Stimmabgabe bis zur Behandlung der schriftlich abgegebenen Stimme gemäß § 18 Abs. 1 WO-BayPVG möglich. § 18 Abs. 2 WO-BayPVG ist in diesem Fall entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass die persönliche Stimmabgabe zu vermerken ist.

§ 17 Abs. 3 WO-BayPVG wurde dahin gehend ergänzt, dass zusätzlich zu den bereits bisher in § 17 Abs. 3 WO-BayPVG genannten Beschäftigten nun **auch in Bezug auf die gemäß Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG Wahlberechtigten durch die Wahlordnung ausdrücklich die ausschließlich schriftliche Stimmabgabe angeordnet wird.** Die Briefwahlunterlagen werden den Beschäftigten auf

auf (formloses) Verlangen übersandt. Es bestehen keine Bedenken, wenn die Unterlagen von den Beschäftigten in einer Art „Sammelbestellung“ angefordert und als Paket zurückgesandt werden, solange ein individueller Austausch daneben möglich bleibt und das Wahlgeheimnis gewahrt wird. Das Wahlgeheimnis bezieht sich auch auf die Frage, ob jemand an einer Wahl teilnimmt oder ihr fernbleiben will.

Zu § 19 WO-BayPVG

Der neu gefasste § 19 Abs. 1 WO-BayPVG stellt klar, dass nicht aufgrund weniger Beschäftigter im Schichtbetrieb für die gesamte Dienststelle die schriftliche Stimmabgabe angeordnet werden kann. Die **Anordnung der schriftlichen Stimmabgabe** hat sich auf diejenigen **Mitarbeiter zu beschränken, die im Schichtbetrieb tätig** sind.

In § 19 Abs. 2 WO-BayPVG wurden die Möglichkeiten zur Anordnung einer schriftlichen Stimmabgabe erweitert: Die schriftliche Stimmabgabe kann nunmehr an **nichtselbstständigen Teilen oder Nebenstellen einer Dienststelle unabhängig von der räumlichen Entfernung vom Sitz der Dienststelle** angeordnet werden. Dies führt vor allem im Volks- und Förderschulbereich zu einer echten Entlastung der Wahlvorstände, weil „fliegende Wahlbezirke“ überflüssig werden.

In den Fällen der Anordnung der schriftlichen Stimmabgabe nach § 19 Abs. 1 oder Abs. 2 WO-BayPVG hat der Wahlvorstand die Briefwahlunterlagen von Amts wegen auszuhändigen oder zu übersenden. Das Recht zur persönlichen Stimmabgabe gemäß § 17 Abs. 2 Satz 3 WO-BayPVG bleibt gemäß § 19 Abs. 3 Satz 2 WO-BayPVG n. F. bestehen. Allerdings ist im Fall des § 19 Abs. 2 WO-BayPVG die **persönliche Stimmabgabe nur am Sitz der Dienststelle** möglich.

Als Sitz der Dienststelle gilt gemäß § 19 Abs. 4 WO-BayPVG n. F. für die Gesamtheit der Volksschulen innerhalb des Bereichs eines staatlichen Schulamts der Sitz des Schulamts, für die Gesamtheit der der Aufsicht einer Regierung unterstehenden Förderschulen und Schulen für Kranke der Sitz der Regierung.

Die Regelung des **§ 19 Abs. 5 WO-BayPVG a. F.**, die eine Sonderregelung für die Stimmabgabe durch die Beschäftigten der Landes- und Grenzpolizeistationen enthielt, wurde **aufgehoben**. Sie ist nach § 19 WO-BayPVG n. F. überflüssig: Für die Stationen kann gemäß § 19 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. die Briefwahl angeordnet werden, verbunden mit der Möglichkeit der persönlichen Stimmabgabe am Sitz der Dienststelle (Inspektion).

Zu § 20 WO-BayPVG

Der **erste Teil der bisherigen Doppelfrist** in § 20 Abs. 1 WO-BayPVG wurde **gestrichen**. Es gilt nunmehr lediglich eine einfache Spätestensfrist. Der Wahlvorstand stellt das Wahlergebnis spätestens am vierten Kalendertag nach Beendigung der Stimmabgabe fest.

Zu § 23 WO-BayPVG

§ 23 Abs. 1 WO-BayPVG n. F. enthält nunmehr eine **Frist für die Bekanntgabe des Wahlergebnisses**. Dieses ist **unverzüglich**, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, nach sei-

ner Feststellung (§ 20 WO-BayPVG) durch zweiwöchigen Aushang bekannt zu geben.

In der Bekanntmachung des Wahlergebnisses müssen die Namen der jeweiligen ersten Ersatzmitglieder (Art. 31 Abs. 2 BayPVG) enthalten sein.

Zu § 26 WO-BayPVG

Die Ermittlung der gewählten Vertreter der Gruppen bei Gruppenwahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren. Der Wahlvorstand zählt dazu gemäß § 26 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG die auf sämtliche Bewerber einer jeden Vorschlagsliste entfallenden Stimmen zusammen. Dabei gelten nach dem neu eingefügten § 26 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG **als gültige Stimmen auch die Stimmen, die für Bewerber abgegeben worden sind, die nach Bekanntgabe der Wahlvorschläge (§ 13 WO-BayPVG) ihre Wählbarkeit z. B. durch Tod oder Versetzung verloren haben**. Die so ermittelte Gesamtstimmenzahlen der einzelnen Vorschlagslisten jeder Gruppe werden nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt (§ 26 Abs. 1 Satz 3 WO-BayPVG n. F.). Auf die Höchstzahl wird so lange ein Sitz zugeteilt, bis alle der Gruppe zustehenden Sitze verteilt sind (§ 26 Abs. 1 Satz 4 WO-BayPVG n. F.).

Zu § 27 WO-BayPVG

Auch wenn eine gemeinsame Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt wird, erfolgt die Ermittlung der gewählten Vertreter der Gruppen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren. Auch hier wird der Wählerwille durch den neu eingefügten § 27 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG soweit wie möglich dadurch berücksichtigt, dass **als gültige Stimmen auch die Stimmen gelten, die für Bewerber abgegeben werden, die nach Bekanntgabe der Wahlvorschläge (§ 13 WO-BayPVG) ihre Wählbarkeit verloren haben**.

Zu § 28 WO-BayPVG

Der **neu eingefügte § 28 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG** trägt dem Interesse der Wähler an der **Gruppenzugehörigkeit der Bewerber** nunmehr auch für den Fall Rechnung, dass eine Personenwahl stattfindet und bei Gruppenwahl nur ein Gruppenvertreter oder bei gemeinsamer Wahl nur ein Personalratsmitglied zu wählen ist.

Zu § 30 WO-BayPVG

§ 30 Abs. 1 Satz 3 Buchst. b WO-BayPVG n. F. enthält nunmehr auch für die Personenwahl eine **Klarstellung**, dass der Wähler bei gemeinsamer Wahl von den Bewerbern der einzelnen Gruppen **nur so viele Namen ankreuzen darf, als Vertreter dieser Gruppe zu wählen** sind.

Zu § 32 WO-BayPVG

Aufgrund der Verweisung des § 32 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG etwa auf § 1 Abs. 2 WO-BayPVG wäre der Wahlvorstand an sich verpflichtet, **Bekanntmachungen auch dann an nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teilen einer Dienststelle, die nicht als selbstständige Dienststellen gelten, bekanntzumachen, wenn dort keine Wahlberechtigten beschäftigt** sind. Nach § 32 Abs. 1 Satz 3 WO-BayPVG n. F. kann nunmehr **auf diesen Formalismus**

verzichtet werden. Sollten an diesen Stellen jedoch vor Abschluss der Stimmabgabe wahlberechtigte Beschäftigte eintreten, so ist die Bekanntgabe der Bekanntmachungen unverzüglich nachzuholen.

Auch bei der Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung wird dem mit der Stimmabgabe erklärten Wählerwillen nunmehr dadurch Rechnung getragen, dass bei der Verhältniswahl im Rahmen des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens gemäß § 32 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG n. F. **auch solche Stimmen der Vorschlagsliste zugutekommen, die für Bewerber abgegeben worden sind, die nach Bekanntgabe der Wahlvorschläge (§ 13 WO-BayPVG) ihre Wählbarkeit verloren haben.**

Zu § 34 WO-BayPVG

§ 34 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. bestimmt, dass **Bekanntmachungen des Bezirkswahlvorstands von den örtlichen Wahlvorständen bekannt zu geben** sind. Aus der Zusammenschau mit § 33 WO-BayPVG ergibt sich, dass die Bekanntmachungen des Bezirkswahlvorstands von diesem ausgefertigt und unterschrieben (§ 1 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG), aber von den örtlichen Wahlvorständen nach § 1 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 WO-BayPVG bekanntgegeben werden.

§ 34 Abs. 3 WO-BayPVG bestimmt nunmehr die Einzelheiten über die Kommunikation zwischen den Wahlvorständen.

§ 34 Abs. 3 Satz 1 WO-BayPVG gilt als **vorweggenommene allgemeine Regelung für die folgenden Vorschriften**. Nach § 34 Abs. 3 Satz 1 WO-BayPVG bedürfen Mitteilungen der Wahlvorstände der Textform, um einen nicht hinnehmbaren Informationsverlust zu vermeiden. Einer Unterzeichnung durch den Wahlvorstand bedarf es jedoch anders als bei förmlichen Wahlunterlagen (Bekanntmachungen, Niederschriften etc.) nicht.

Gemäß § 34 Abs. 3 Satz 2 WO-BayPVG kann die **Übersendung von Wahlunterlagen (§ 24 WO-BayPVG) und Mitteilungen auch elektronisch oder fernschriftlich** erfolgen. Der Begriff „elektronisch“ ist dabei im Sinne einer formfreien elektronischen Kommunikation zu verstehen. Die Wahrung der elektronischen Form im Sinn des § 126a BGB ist nicht erforderlich. Das Erfordernis einer Unterschrift auf Wahlunterlagen steht dem nicht entgegen, da dieses nur für das beim erstellenden Wahlvorstand verbleibende Original gilt. Sinnvoll erscheint eine Übermittlung eines PDF-Dokuments per E-Mail an die örtlichen Wahlvorstände oder Dienststellen. Alternativ ist auch eine Übermittlung per Telefax zulässig. Allerdings kann es bei sehr umfangreichen Bekanntmachungen weiterhin sinnvoll sein, diese zentral zu drucken und in Papierform zu versenden.

Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass sich § 34 Abs. 3 Satz 1 WO-BayPVG nur auf die Kommunikation unter Wahlvorständen bezieht, **nicht aber auf die Aushändigung von Wahlpapieren an Wahlberechtigte im Fall der schriftlichen Stimmabgabe.**

Zu § 35 WO-BayPVG

Die nach § 35 WO-BayPVG erforderlichen Mitteilungen erfolgen in der **Form des § 34 Abs. 3 WO-BayPVG n. F.**

Zu § 38 WO-BayPVG

Das vom Bezirkswahlvorstand zu erlassende Wahlausschreiben hat gemäß **§ 38 Abs. 1 Buchst. 1 WO-BayPVG n. F.** den Tag oder die Tage der Stimmabgabe zu enthalten. Diese wurden bereits bisher vom Bezirkswahlvorstand festgelegt.

Zudem ist die Aufforderung, Wahlvorschläge einzureichen, gemäß **§ 38 Abs. 1 Buchst. i WO-BayPVG** an das Entfallen der Doppelfrist in § 7 Abs. 2 WO-BayPVG anzupassen.

Auch bei der Ergänzung des Wahlausschreibens durch den örtlichen Wahlvorstand ist den Änderungen der WO-BayPVG Rechnung zu tragen. **§ 38 Abs. 2 Buchst. f WO-BayPVG n. F.** fordert einen an die Änderung des § 19 WO-BayPVG angepassten Hinweis.

Zu § 42 WO-BayPVG

§ 42 Abs. 1 WO-BayPVG n. F. stellt klar, dass eine persönliche Übergabe der Wahlunterlagen nicht erforderlich ist.

Die **Mitteilung** des örtlichen Wahlvorstands an den Bezirkswahlvorstand gemäß § 42 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG erfolgt **gemäß § 34 Abs. 3 WO-BayPVG n. F.**

Da § 42 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG nicht auf den neuen § 17 Abs. 2 Satz 3 WO-BayPVG verweist, gibt es im Fall des § 42 WO-BayPVG **weiterhin keine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe.**

Zu § 43 WO-BayPVG

Gemäß § 43 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG n. F. ist die Wahlunterschrift dem Bezirkswahlvorstand unverzüglich zu übersenden. Die Übersendung kann nunmehr gemäß § 34 Abs. 3 WO-BayPVG **auch elektronisch oder fernschriftlich erfolgen. Ein nachfolgender einfacher Brief ist nicht mehr erforderlich.**

Die **Doppelfrist in § 43 Abs. 3 WO-BayPVG a. F. ist entfallen**. Die Feststellung des Wahlergebnisses hat nun innerhalb einer einfachen Frist, nämlich spätestens am achten Kalendertag nach Beendigung der Stimmabgabe, zu erfolgen.

Der Bezirkswahlvorstand teilt den örtlichen Wahlvorständen sowohl die Mitglieder als auch die **Ersatzmitglieder** des Bezirkspersonalrats mit. Die örtlichen Wahlvorstände geben sie dann gemäß § 43 Abs. 2 Satz 2 WO-BayPVG n. F. **unverzüglich**, also ohne schuldhaftes Zögern, durch zweiwöchigen Aushang bekannt.

Zu § 45 WO-BayPVG

Bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung kann es Dienststellen geben, an denen überhaupt keine Wahlberechtigten vorhanden sind. Während dies auf Ebene der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung dazu führt, dass eine Wahl nicht stattfindet, hätte dies für die Wahl zu den Stufenvertretungen nach den von § 45 Abs. 1 WO-BayPVG in Bezug genommenen Vorschriften keine Konsequenz. Es wäre also auf Anforderung der Stufenwahlvorstände ein örtlicher Wahlvorstand zu bestellen, der alle Aufgaben nach der Wahlordnung durchzuführen hätte, obwohl jeder Adressatenkreis fehlt. Gemäß § 45 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. wird nun auf diesen Formalismus

verzichtet. Mit der Mitteilung an die Stufenwahlvorstände, dass keine Wahlberechtigten vorhanden sind (hier ist äußerste Genauigkeit zu fordern wegen der Gefahr von Wahlanfechtungen), sind die betreffenden Dienststellen aus der Wahl der Bezirks-/Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung quasi entlassen; es kann **in diesem Fall auf die Bestellung eines örtlichen Wahlvorstands und die Bekanntgabe von Bekanntmachungen für die Wahl verzichtet werden**. Sollten jedoch während des Wahlverfahrens wahlberechtigte Beschäftigte eintreten, sind Bestellung und Bekanntgaben unverzüglich nachzuholen.

Zu § 47 WO-BayPVG

Der aufgehobene **Abs. 2** regelte klarstellend, dass der örtliche Wahlvorstand die Namen und die Mitglieder des Hauptwahlvorstands, deren dienstliche Anschrift, dienstliche Telefon- und Telefaxnummer sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder in der Dienststelle durch Aushang bis zum Abschluss der Wahl bekannt gibt. Diese Regelung **wurde durch die Neufassung der WO-BayPVG überflüssig**. Über die Verweisung in § 46 WO-BayPVG gelten für die Wahl des Hauptpersonalrats die Vorschriften der §§ 33 bis 43 WO-BayPVG über die Wahl des Bezirkspersonalrats grundsätzlich entsprechend. Gemäß § 46 WO-BayPVG in Verbindung mit § 34 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. ergibt sich, dass die Bekanntmachungen des Hauptwahlvorstands von diesem ausgefertigt und unterschrieben (§ 1 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG), aber von dem örtlichen Wahlvorstand nach § 1 Abs. 2 Satz 2 bis 4 WO-BayPVG bekanntgegeben werden.

Zu § 48 WO-BayPVG

Gemäß § 48 Abs. 3 WO-BayPVG n. F. übersenden die Wahlvorstände bei den Mittelbehörden dem Hauptwahlvorstand **unverzüglich** die in § 48 Abs. 1 Buchst. a und b WO-BayPVG genannten Zusammenstellungen und die Zusammenstellung der Wahlergebnisse. Nach der Neufassung des § 48 Abs. 3 WO-BayPVG gilt für die Übersendung nunmehr § 34 Abs. 3 WO-BayPVG n. F. Die Übersendung kann daher **auch elektronisch oder fernschriftlich erfolgen, ohne dass es eines nachfolgenden einfachen Briefes bedürfte**.

Zu § 49 WO-BayPVG

§ 49 WO-BayPVG a. F. regelte die schriftliche Stimmabgabe bei der Wahl des Hauptpersonalrats. Die Vorschrift wurde aufgehoben, da sie aufgrund der Verweisung in § 46 WO-BayPVG auf § 42 WO-BayPVG überflüssig war. Die Regelungen des **§ 42 BayPVG n. F. gelten** daher für die schriftliche Stimmabgabe bei der Wahl zum Hauptpersonalrat **entsprechend**.

Zu § 50 WO-BayPVG

§ 50 WO-BayPVG n. F. verweist auf die Frist des § 43 Abs. 3 Satz 1 WO-BayPVG n. F. Die nunmehr **einfache Frist** des § 43 Abs. 3 Satz 1 WO-BayPVG verlängert sich um weitere vier Kalendertage.

Zu § 54 WO-BayPVG

Nach § 54 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. gibt der Wahlvorstand für die Wahl der Stufenvertretung die Namen seiner Mitglieder, deren dienstliche Anschrift, **E-Mail-Adresse**, Telefon- und Telefaxnummer, sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder in den Dienststellen, für deren Bereich die Wahl für ungültig erklärt worden ist, bekannt.

Zu § 60 WO-BayPVG

Die Verweisung in § 60 Abs. 1 WO-BayPVG n. F. erfasst nunmehr auch den ebenfalls neu gefassten § 2 Abs. 3 WO-BayPVG. Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses ist danach **vom Tag der Einleitung der Wahl** bis zum Abschluss der Stimmabgabe an geeigneter Stelle **auszulegen**. Die diesbezügliche Sonderregelung in § 60 Abs. 4 WO-BayPVG a. F. wurde gestrichen.

Durch den Verweis auf § 6 Abs. 2 Buchst. h WO-BayPVG in § 60 Abs. 2 WO-BayPVG n. F. ist nunmehr klargestellt, dass die **Kürzung der Frist des § 3 Abs. 1 WO-BayPVG auch im Inhalt des Wahlausschreibens berücksichtigt** werden muss.

Gemäß § 60 Abs. 3 WO-BayPVG n. F. gibt der Wahlvorstand die Namen seiner Mitglieder, deren dienstliche Anschrift, **E-Mail-Adresse**, Telefon- und Telefaxnummer, sowie die Namen etwaiger Ersatzmitglieder unverzüglich nach seiner Benennung in der Dienststelle bekannt.

V.

Zur Erleichterung der Wahlen, die nach dem BayPVG und der WO-BayPVG durchzuführen sind, hat das Staatsministerium der Finanzen aktualisierte Mustervordrucke für die wichtigsten von den Wahlvorständen vorzunehmenden Maßnahmen bekannt gegeben. Die Vordrucke werden im Amtsblatt (FMBl) und im Bayerischen Staatsanzeiger (StAnz) veröffentlicht, sowie in das Behördennetz eingestellt.

VI.

Diese Bekanntmachung tritt am 18. November 2010 in Kraft.

Weigert
Ministerialdirektor

2035-F**Vorbereitung und Durchführung der Wahlen
zu den Personalvertretungen****Bekanntmachung
des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen****vom 18. November 2010****Az.: PE - P 1051 - 001 - 40 664/10**

Zur Erleichterung der Wahlen, die nach dem Bayerischen Personalvertretungsgesetz (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, S. 612), und der Wahlordnung zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (WO-BayPVG) vom 12. Dezember 1995 (GVBl S. 868, BayRS 2035-2-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. April 2010 (GVBl S. 196), durchzuführen sind, werden in der Anlage Mustervordrucke für die wichtigsten von den Wahlvorständen vorzunehmenden Maßnahmen bekannt gegeben.

Die Herstellung oder Beschaffung der Vordrucke bleibt wegen der Verschiedenheit der einzelnen Fälle und des Bedarfs den Dienststellen im Benehmen mit dem Wahlvorstand überlassen.

Diese Bekanntmachung tritt am 18. November 2010 in Kraft. Mit Ablauf des 17. November 2010 treten die Bekanntmachungen des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen über die

1. Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Personalvertretungen vom 2. Januar 2006 (FMBl S. 4, StAnz Nr. 2),
2. Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen vom 4. Dezember 2007 (FMBl 2008 S. 17, StAnz 2008 Nr. 1)

außer Kraft.

Weigert
Ministerialdirektor

Anlage

**Mustervordrucke zur Wahlordnung
zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz
(WO-BayPVG)**

Vordruckverzeichnis

- Vordruck 1: Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlvorstands für die Personalratswahl (§ 1 Abs. 5 WO-BayPVG)
- Vordruck 1a: Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlvorstands für die Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung (§ 1 Abs. 5, § 32 Abs. 1 WO-BayPVG)

Vordruck 2: Niederschrift des Wahlvorstands über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder und ihre Verteilung auf die Gruppen (§ 1 Abs. 3 und § 5 WO-BayPVG)

Vordruck 3: Wahlausschreiben für die Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung (§§ 6, 32 Abs. 1 Satz 1 WO-BayPVG)

Vordruck 3a: Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats in Gruppenwahl (§ 6 WO-BayPVG)

Vordruck 3b: Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats in gemeinsamer Wahl (§ 6 WO-BayPVG)

Vordruck 4: Stimmzettel zur Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung bei Vorliegen mehrerer Wahlvorschläge (Verhältnisswahl – § 25 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b und Abs. 3, § 32 Abs. 1 und 2, § 45 Abs. 1 und 2, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG)

Vordruck 4a: Stimmzettel zur Personalratswahl (Gruppenwahl und Verhältnisswahl – § 25 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a und Abs. 3, §§ 33, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Vordruck 4b: Stimmzettel zur Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats bei Gruppenwahl und Vorliegen nur eines Wahlvorschlags (Gruppenwahl und Personenwahl – § 28 Abs. 1 Buchst. a Alternative 1 und Abs. 3, § 30 Abs. 1 Satz 3 Buchst. a, §§ 33, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Vordruck 4c: Stimmzettel zur Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats bei Wahl nur eines Vertreters einer Gruppe (Gruppenwahl und Personenwahl – § 28 Abs. 1 Buchst. a Alternative 2 und Abs. 2, § 29 Abs. 1, §§ 33, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Vordruck 4d: Stimmzettel zur Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats bei gemeinsamer Wahl und Vorliegen mehrerer Wahlvorschläge (Gemeinsame Wahl und Verhältnisswahl – § 25 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b und Abs. 3, §§ 33, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Vordruck 4e: Stimmzettel zur Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats bei gemeinsamer Wahl und Vorliegen nur eines Wahlvorschlags (Gemeinsame Wahl und Personenwahl – § 28 Abs. 1 Buchst. b Alternative 1 und Abs. 3, § 30 Abs. 1 Satz 3 Buchst. b, §§ 33, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Vordruck 4f: Stimmzettel für die Wahl eines Personalrats, der aus einer Person besteht (§ 28 Abs. 1 Buchst. b Alternative 2, § 29 Abs. 1 WO-BayPVG)

- Vordruck 4g: Stimmzettel zur Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung bei Vorliegen eines Wahlvorschlags (Personenwahl – § 28 Abs. 1 Buchst. b Alternative 1 und Abs. 3, § 30 Abs. 1 Satz 3 Buchst. b, § 32 Abs. 1 und 3, § 45 Abs. 1 und 2, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG)
- Vordruck 4h: Stimmzettel für die Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung, die aus einer Person besteht (§ 28 Abs. 1 Buchst. b Alternative 2, §§ 29, 32 Abs. 1, § 45 Abs. 1, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG)
- Vordruck 5: Niederschrift über das Ergebnis der Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (§§ 21, 32 Abs. 1, §§ 45, 52, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)
- Vordruck 5a: Niederschrift über das Ergebnis der Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats bei Gruppenwahl (§§ 21, 33, 43, 46, 50, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)
- Vordruck 5b: Niederschrift über das Ergebnis der Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats bei gemeinsamer Wahl (§§ 21, 33, 43, 46, 50, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)
- Vordruck 6: Bekanntgabe der Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands (§ 1 Abs. 5, §§ 33, 34, 46, 47, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)
- Vordruck 6a: Bekanntgabe der Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands für die Wahl der Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (§ 1 Abs. 5, § 32 Abs. 1, § 45 Abs. 1, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG)
- Vordruck 7: Niederschrift des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats und ihre Verteilung auf die Gruppen (§§ 5, 33, 36, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)
- Vordruck 8: Wahlausschreiben für die Wahl der Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (§ 38 Abs. 2, § 45 Abs. 2, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG)
- Vordruck 8a: Wahlausschreiben für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrates in Gruppenwahl (§ 38 Abs. 2, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)
- Vordruck 8b: Wahlausschreiben für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrates in gemeinsamer Wahl (§ 38 Abs. 2, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
 (unverzüglich nach Bestellung des Wahlvorstands, spätestens 91
 Kalendertage vor dem 1. Tag der Stimmabgabe)
 bis zum Abschluss der Stimmabgabe

Abgenommen am _____

Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Wahlvorstands

Der Wahlvorstand bei _____ besteht aus:
 (Dienststelle)

1.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	Vorsitzende/r
	Dienstschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

2.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	
	Dienstschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

3.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	
	Dienstschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

Evtl. Ersatzmitglieder*):

1.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	
	Dienstschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

2.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	
	Dienstschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

3.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	
	Dienstschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Vorabstimmungen über eine vom Gesetz abweichende Verteilung der Sitze auf die Gruppen oder über gemeinsame Wahl nur berücksichtigt werden können, wenn ihr Ergebnis dem Wahlvorstand spätestens am _____**) vorliegt (§ 4 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG).

Vorsitzende/r***)

(Unterschrift)_____
(Unterschrift)_____
(Unterschrift)

*) Im Vertretungsfall soll ein Ersatzmitglieder aus der Gruppe des verhinderten Mitglieds eintreten, § 1 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG.

**) Datum siehe § 4 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG.

***) Die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden ist ausreichend.

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
 (unverzüglich nach Bestellung des Wahlvorstands, spätestens 91
 Kalendertage vor dem 1. Tag der Stimmabgabe)
 bis zum Abschluss der Stimmabgabe

Abgenommen am _____

Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Wahlvorstands

Der Wahlvorstand bei _____ besteht aus:
(Dienststelle)

1.

Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	Vorsitzende/r
Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

2.

Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung
Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer	

3.

Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung
Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer	

Evtl. Ersatzmitglieder*):

1.

Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung
Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer	

2.

Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung
Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer	

3.

Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung
Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer	

Vorsitzende/r**)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Falls Ersatzmitglieder bestellt wurden, sind deren Namen anzugeben. Es muss immer mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist, zum Wahlvorstand gehören.

**) Die Unterzeichnung des Vorsitzenden ist ausreichend.

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Niederschrift über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder und ihre Verteilung auf die Gruppen

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, an der teilgenommen haben

1.

als Vorsitzende/r

2.

3.

wurde die Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder und die Verteilung der Sitze auf die Gruppen errechnet, nachdem festgestellt worden war, dass bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung vom _____ angegebenen Frist dem Wahlvorstand eine Mitteilung über eine Vorabstimmung wegen der abweichenden Verteilung der Sitze auf die Gruppen nicht zugegangen ist.

Die Zahl der Beschäftigten beträgt in der Regel _____, davon _____ Beamte und _____ Arbeitnehmer. Es sind daher _____ Personalratsmitglieder zu wählen (Art. 16 BayPVG).

Zur Verteilung der Sitze auf die Gruppen wurden die Zahlen der Beschäftigten der einzelnen Gruppen durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

	Beamte: _____	Arbeitnehmer: _____
geteilt durch 1	_____ (____)	_____ (____)
geteilt durch 2	_____ (____)	_____ (____)
geteilt durch 3	_____ (____)	_____ (____)
geteilt durch 4	_____ (____)	_____ (____)
geteilt durch 5	_____ (____)	_____ (____)
geteilt durch 6	_____ (____)	_____ (____)

Die Reihenfolge der für die Zuteilung der Sitze in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern. Hiernach – würden –*) entfallen auf die Gruppe der

Beamten _____ Sitze
Arbeitnehmer _____ Sitze

*) Aus Art. 17 Abs. 3 und 4 BayPVG und § 5 Abs. 3 WO-BayPVG ergibt sich jedoch folgende von dem Höchstzahlenergebnis abweichende Verteilung:

Beamten _____ Sitze
Arbeitnehmer _____ Sitze

*) Begründung: _____

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____ *)
bis zum Abschluss der Stimmabgabe
(Wahltag)
Abgenommen am _____

Wahlausschreiben für die Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung

Gemäß Art. 57 Abs. 1 des Bayer. Personalvertretungsgesetzes ist bei

Bezeichnung der Dienststelle

eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen.

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung besteht aus _____ Mitglieder(n) (Art. 59 Abs. 1 BayPVG).

Frauen und Männer sollen in der Jugend- und Auszubildendenvertretung entsprechend ihrem Anteil an den zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigten Beschäftigten in der Dienststelle vertreten sein.

Anteil der Frauen und Männer an den zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigten Beschäftigten der Dienststelle:

Gesamt	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
--------	---------------------------------	-------------------------------

Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder als Dienstanfänger, Beamte im Vorbereitungsdienst oder Auszubildende das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; Art. 13 BayPVG gilt entsprechend (Art. 58 Abs. 1 BayPVG).

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt ab _____ **) im _____
(Ortsbezeichnung)

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluss der Stimmabgabe arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb von 30 Kalendertagen seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist ist der _____.

Ein Abdruck der Wahlordnung vom _____ liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlberechtigten und die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, innerhalb von 25 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, d. h. spätestens bis zum _____ bis _____ Uhr, beim Wahlvorstand Wahlvorschläge einzureichen***).

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens _____ wahlberechtigten Beschäftigten unterzeichnet sein. Dies gilt nicht für Wahlvorschläge der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften; diese müssen von zwei Beauftragten, die Beschäftigte der Dienststelle sind und einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft angehören müssen, unterzeichnet sein. Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten, die Änderungen enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele, maximal jedoch zehnmal so viele Bewerber aufweisen, wie Jugend- und Auszubildendenvertreter zu wählen sind. Es soll darauf geachtet werden, dass jeder Wahlvorschlag mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthält, wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze in der Jugend- und Auszubildendenvertretung auf Frauen und Männer zu erreichen. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle anzugeben. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist (Listenvertreter). Auf dem Wahlvorschlag der Gewerkschaften muss vermerkt sein, wer von den

Unterzeichnern der Listenvertreter ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ bis zum Abschluss der Stimmabgabe an dieser Stelle durch Aushang bekannt gegeben.

Die Stimmabgabe findet statt
am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

Den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands und als Absenderangabe den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, erhalten auf Verlangen:

- a) Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben,
- b) Wahlberechtigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein,
- c) Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege sowie Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern,
- d) Wahlberechtigte gem. Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG

*) Für die

- a) folgenden nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Dienststellenteile

- _____
(Ortsbezeichnung)
- _____
(Ortsbezeichnung)

- b) Beschäftigten im Schichtdienst

wird die schriftliche Stimmabgabe angeordnet. Eine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht gleichwohl am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

*) Die Wahlunterlagen werden ab _____ an die dienstliche Anschrift der Wahlberechtigten übersandt. / Die Wahlunterlagen können ab _____ arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr in _____
(Ortsbezeichnung) entgegengenommen werden.

Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind in _____
(Ortsbezeichnung) abzugeben.

Die Sitzung des Wahlvorstands, in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Ortsbezeichnung) statt.

Ort und Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: _____, _____****)

Vorsitzende/r

(Unterschrift) (Unterschrift) (Unterschrift)

- *) Nichtzutreffendes streichen.
- **) Datum siehe § 2 Abs. 3 WO-BayPVG.
- ***) Die Angaben nach § 8 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 sollen zusätzlich elektronisch übermittelt werden.
- ****) Datum des Aushangs und Datum des Erlasses dieses Wahlausschreibens sind identisch.

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____ *)
 bis zum Abschluss der Stimmabgabe
 (Wahltag)
 Abgenommen am _____

Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats

Gemäß Art. 12 des Bayer. Personalvertretungsgesetzes ist bei

Bezeichnung der Dienststelle

ein Personalrat zu wählen.

Der Personalrat besteht aus _____ Mitgliedern (Art. 16 BayPVG). Davon erhalten

die Beamten _____ Vertreter,

die Arbeitnehmer _____ Vertreter.

Frauen und Männer sollen im Personalrat entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten in der Dienststelle vertreten sein.

Anteil der Frauen und Männer an den Wahlberechtigten der Dienststelle:

Gesamt	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Beamten	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Arbeitnehmer	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.

Die Beamten und die Arbeitnehmer wählen ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen (Gruppenwahl).

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt ab _____ **) für die Gruppe

der **Beamten** im _____
 (Ortsbezeichnung)

der **Arbeitnehmer** im _____
 (Ortsbezeichnung)

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluss der Stimmabgabe arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb von 30 Kalendertagen seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist ist der _____.

Ein Abdruck der Wahlordnung vom _____ liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlberechtigten und die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, innerhalb von 25 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens d. h. spätestens bis zum _____ bis _____ Uhr, beim Wahlvorstand Wahlvorschläge für jede Gruppe (Beamte und Arbeitnehmer) einzureichen**).

Die Wahlvorschläge der
 Beamtengruppe müssen von mindestens _____ wahlberechtigten Gruppenangehörigen, die der
 Arbeitnehmergruppe von mindestens _____ wahlberechtigten Gruppenangehörigen

unterzeichnet sein. Dies gilt nicht für Wahlvorschläge der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften; diese müssen von zwei Beauftragten, die Beschäftigte der Dienststelle sein und einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft angehören müssen, unterzeichnet sein. Die Wahlvorschläge sind für die Gruppen getrennt einzureichen. Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten, die Änderungen enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele, maximal jedoch zehnmal so viele Bewerber aufweisen, wie in dem Wahlgang Personalratsmitglieder der Gruppe zu wählen sind. Es soll darauf geachtet werden, dass jeder Wahlvorschlag mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthält, wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze im Personalrat auf Frauen und Männer zu erreichen. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle und bei gruppenfremden Bewerbern die Gruppenzugehörigkeit anzugeben. Vorschläge für die Stimmabgabe (Stimmenhäufung) dürfen die Wahlvorschläge nicht enthalten. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist (Listenvertreter). Auf dem Wahlvorschlag der Gewerkschaften muss vermerkt sein, wer von den Unterzeichnern der Listenvertreter ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ bis zum Abschluss der Stimmabgabe an dieser Stelle durch Aushang bekannt gegeben.

Die Stimmabgabe findet statt für die

Beamten am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
 (Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

Arbeitnehmer am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
 (Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

Den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes und als Absenderangabe den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, erhalten auf Verlangen:

- a) Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben,
- b) Wahlberechtigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein,
- c) Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege sowie Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern,
- d) Wahlberechtigte gem. Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG.

****) Für die

- a) folgenden nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Dienststellenteile

- _____
(Ortsbezeichnung)
- _____
(Ortsbezeichnung)

- b) Beschäftigten im Schichtdienst

wird die schriftliche Stimmabgabe angeordnet. Eine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht gleichwohl am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____.
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

****) Die Wahlunterlagen werden ab _____ an die dienstliche Anschrift der Wahlberechtigten übersandt. / Die Wahlunterlagen können ab _____ arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr in _____ entgegengenommen werden.
(Ortsbezeichnung)

Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind in

_____ abzugeben.
(Ortsbezeichnung)

Die Sitzung des Wahlvorstandes, in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____ statt.
(Ortsbezeichnung)

Ort und Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: _____, _____ *)

Vorsitzende/r

(Unterschrift) _____
(Unterschrift) _____
(Unterschrift)

- *) Datum des Aushangs und Datum des Erlasses dieses Wahlausschreibens sind identisch.
- **) Datum siehe § 2 Abs. 3 WO-BayPVG.
- ***) Die Angaben nach § 8 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 sollen zusätzlich elektronisch übermittelt werden.
- ****) Nichtzutreffendes streichen.

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____ *) bis zum Abschluss der Stimmabgabe (Wahltag) Abgenommen am _____
--

Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats

Gemäß Art. 12 des Bayer. Personalvertretungsgesetzes ist bei

Bezeichnung der Dienststelle

ein Personalrat zu wählen.

Der Personalrat besteht aus _____ Mitgliedern (Art. 16 BayPVG). Davon erhalten

die Beamten _____ Vertreter,

die Arbeitnehmer _____ Vertreter.

Frauen und Männer sollen im Personalrat entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten in der Dienststelle vertreten sein.

Anteil der Frauen und Männer an den Wahlberechtigten der Dienststelle:

Gesamt	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Beamten	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Arbeitnehmer	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.

Der Personalrat wird in gemeinsamer Wahl gewählt.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt

ab _____ **) in _____

Ortsbezeichnung

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluss der Stimmabgabe arbeitstäglich von _____

bis _____ Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb von 30 Kalendertagen seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist ist der _____.

Ein Abdruck der Wahlordnung vom _____ liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlberechtigten und die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, innerhalb von 25 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, d. h. spätestens bis zum _____ bis _____ Uhr, beim Wahlvorstand Wahlvorschläge einzureichen***).

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens _____ Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

Dies gilt nicht für Wahlvorschläge der in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften; diese müssen von zwei Beauftragten, die Beschäftigte der Dienststelle sein und einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft angehören müssen, unterzeichnet sein. Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten, die Änderungen enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele, maximal jedoch zehnmal so viele Bewerber aufweisen, wie in dem Wahlgang Personalratsmitglieder zu wählen sind. Es soll darauf geachtet werden, dass jeder Wahlvorschlag mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthält, wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze im Personalrat auf Frauen und Männer zu erreichen. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle und bei gruppenfremden Bewerbern die Gruppenzugehörigkeit anzugeben.

Die Bewerber sind in dem Wahlvorschlag jeweils nach Gruppen zusammenzufassen. Vorschläge für die Stimmabgabe (Stimmenhäufung) dürfen die Wahlvorschläge nicht enthalten. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist (Listenvertreter). Auf dem Wahlvorschlag der Gewerkschaften muss vermerkt sein, wer von den Unterzeichnern der Listenvertreter ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ bis zum Abschluss der Stimmabgabe an dieser Stelle durch Aushang bekannt gegeben.

Die Stimmabgabe findet statt

am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____.

(Abstimmungstag)

(Ortsbezeichnung)

Den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes und als Absenderangabe den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, erhalten auf Verlangen:

- a) Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben,
- b) Wahlberechtigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein,

- c) Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege sowie Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern,
 d) Wahlberechtigte gem. Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG).

****) Für die

- a) folgenden nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Dienststellenteile

- _____
 (Ortsbezeichnung)
 - _____
 (Ortsbezeichnung)

- b) Beschäftigten im Schichtdienst

wird die schriftliche Stimmabgabe angeordnet. Eine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht gleichwohl am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____.
 (Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

****) Die Wahlunterlagen werden ab _____ an die dienstliche Anschrift der Wahlberechtigten übersandt. / Die Wahlunterlagen können ab _____ arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr in _____ entgegengenommen werden.
 (Ortsbezeichnung)

Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind in

_____ abzugeben.
 (Ortsbezeichnung)

Die Sitzung des Wahlvorstands, in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____ statt.
 (Ortsbezeichnung)

Ort und Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: _____, _____ *)

Vorsitzende/r

 (Unterschrift) (Unterschrift) (Unterschrift)

- *) Datum des Aushangs und Datum des Erlasses dieses Wahlausschreibens sind identisch.
 **) Datum siehe § 2 Abs. 3 WO-BayPVG.
 ***) Die Angaben nach § 8 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 sollen zusätzlich elektronisch übermittelt werden.
 ****) Nichtzutreffendes streichen.

Stimmzettel für die Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*)

Vorschlagsliste 1:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
2. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>
3. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>

Vorschlagsliste 2:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
2. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>
3. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>

Vorschlagsliste 3:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
2. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>
3. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>

Vorschlagsliste 4:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe	<input type="checkbox"/>
2. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>
3. _____ Name usw.	<input type="checkbox"/>

Jeder Wahlberechtigte hat – entsprechend der Anzahl zu wählender Vertretungsmitglieder – insgesamt Stimmen.

Der Wähler kann einen Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) durch Ankreuzen der Vorschlagsliste unverändert annehmen oder innerhalb der Gesamtzahl der von ihm zu vergebenden Stimmen (siehe zuvor) einzelnen Bewerbern bis zu 3 Stimmen geben.

Der Wähler kann seine Stimme nur Bewerbern geben, deren Namen in derselben Vorschlagsliste aufgeführt sind.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als eine Vorschlagsliste oder wenn Bewerber aus verschiedenen Vorschlagslisten angekreuzt sind.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Stimmzettel für die Wahl der Personalratsmitglieder, der Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)

der Gruppe der

Vorschlagsliste 1:	<input type="checkbox"/>	Vorschlagsliste 2:	<input type="checkbox"/>	Vorschlagsliste 3:	<input type="checkbox"/>	Vorschlagsliste 4:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:		Kennwort:		Kennwort:		Kennwort:	
Bezeichnung:		Bezeichnung:		Bezeichnung:		Bezeichnung:	
1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	<input type="checkbox"/>	1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	<input type="checkbox"/>	1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	<input type="checkbox"/>	1. _____ Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	<input type="checkbox"/>
2. _____ Name, usw.	<input type="checkbox"/>						
3. _____ Name, usw.	<input type="checkbox"/>						
4. _____ Name, usw.	<input type="checkbox"/>						
usw.		usw.		usw.		usw.	

Jeder Wähler hat Stimmen.

Der Wähler kann eine Vorschlagsliste unverändert annehmen oder innerhalb der Gesamtzahl der für jede Gruppe zulässigen Stimmen einzelnen Bewerbern bis zu 3 Stimmen geben.

Der Wähler kann seine Stimme nur Bewerbern geben, deren Namen in derselben Vorschlagsliste aufgeführt sind.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als eine Vorschlagsliste oder wenn Bewerber aus verschiedenen Vorschlagslisten angekreuzt sind.

*) Nichtzutreffendes streichen.

***) Angabe der Gruppe nur bei gruppenfremden Bewerbern erforderlich.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als Bewerber angekreuzt sind.
Einem Bewerber kann nicht mehr als eine Stimme gegeben werden.

Stimmzettel
für die Wahl der Personalratsmitglieder,
der Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)
der Gruppe der

1. _____
(Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

2. _____
(Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

3. _____
(Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

*) Nichtzutreffendes streichen.

***) Angabe der Gruppe nur bei gruppenfremden Bewerbern erforderlich.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als **ein** Bewerber angekreuzt wird.

Stimmzettel
für die Wahl der Personalratsmitglieder,
der Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)
der Gruppe der

1. _____
(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe***)

2. _____
(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe***)

3. _____
(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe***)

*) Nichtzutreffendes streichen.

**) In alphabetischer Reihenfolge.

***) Angabe der Gruppe nur bei gruppenfremden Bewerbern erforderlich.

Stimmzettel für die Wahl des Personalrats, des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)

Vorschlagsliste 1:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
A Gruppe der Beamten	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
B Gruppe der Arbeitnehmer	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
usw.	

Vorschlagsliste 2:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
A Gruppe der Beamten	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
B Gruppe der Arbeitnehmer	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
usw.	

Vorschlagsliste 3:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
A Gruppe der Beamten	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
B Gruppe der Arbeitnehmer	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
usw.	

Vorschlagsliste 4:	<input type="checkbox"/>
Kennwort:	
Bezeichnung	
A Gruppe der Beamten	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
B Gruppe der Arbeitnehmer	
1. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
2. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
3. _____	<input type="checkbox"/>
Name usw.	
usw.	

Jeder Wähler hat insgesamt Stimmen, davon kann er für die Gruppe der Beamten Stimmen, für die Gruppe der Arbeitnehmer Stimmen abgeben.

Der Wähler kann einen Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) durch Ankreuzen der Vorschlagsliste unverändert annehmen oder innerhalb der Gesamtzahl der für jede Gruppe zulässigen Stimmen einzelnen Bewerbern bis zu 3 Stimmen geben.

Der Wähler kann seine Stimme nur Bewerbern geben, deren Namen in derselben Vorschlagsliste aufgeführt sind.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als eine Vorschlagsliste oder wenn Bewerber aus verschiedenen Vorschlagslisten angekreuzt sind.

*) Nichtzutreffendes streichen.

**) Angabe der Gruppe nur bei gruppenfremden Bewerbern erforderlich.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn für die Gruppe der Beamten mehr als Bewerber angekreuzt sind
 und für die Gruppe der Arbeitnehmer mehr als Bewerber.
 Einem Bewerber kann nicht mehr als eine Stimme gegeben werden.

Stimmzettel für die Wahl des Personalrats, des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)

A Gruppe der Beamten

1.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

2.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

3.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

4.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

5.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

B Gruppe der Arbeitnehmer

1.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

2.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

3.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

4.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

5.

 (Name, Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe**)

*) Nichtzutreffendes streichen.

**) Angabe der Gruppe nur bei gruppenfremden Bewerbern erforderlich.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als **ein** Bewerber angekreuzt ist.

Stimmzettel für die Wahl des Personalrats

1. _____

(Name*), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)

2. _____

(Name*), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)

3. _____

(Name*), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)

*) In alphabetischer Reihenfolge.

Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als Bewerber angekreuzt sind.
Einem Bewerber kann nicht mehr als eine Stimme gegeben werden.

**Stimmzettel für die Wahl der örtlichen Jugend- und
Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und
Auszubildendenvertretung*)**

1.	(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
2.	(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
3.	(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
4.	(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
5.	(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>
6.	(Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle	<input type="checkbox"/>

*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

***) In unveränderter Reihenfolge aus dem Wahlvorschlag

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als **ein** Bewerber angekreuzt ist.

Stimmzettel
für die Wahl der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung,
Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*)

- | | | | |
|----|--|--|--------------------------|
| 1. | | | <input type="checkbox"/> |
| | (Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle) | | |
| 2. | | | <input type="checkbox"/> |
| | (Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle) | | |
| 3. | | | <input type="checkbox"/> |
| | (Name**), Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsstelle) | | |

- *) Nichtzutreffendes streichen
**) In alphabetischer Reihenfolge.

Der Wahlvorstand, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Wahlniederschrift

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), an der teilgenommen haben

1.

als Vorsitzende/r

2.

3.

ist das Ergebnis der am _____ durchgeführten Wahl der örtlichen Jugend und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) festgestellt worden.

Zu wählen waren _____ Mitglieder der örtlichen Jugend und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*).

Abgegeben wurden insgesamt _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen, hiervon _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen in schriftlicher Stimmabgabe.

Davon waren gültig _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen; ungültig waren _____ Stimmzettel. Die Gültigkeit von _____ Stimmzetteln war zweifelhaft. Gründe für die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel:

A. (bei Verhältniswahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Zugelassen waren die als Anlage beigefügten Vorschlagslisten.

Auf die Vorschlagsliste 1 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Vorschlagsliste 3 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Vorschlagsliste 2 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Vorschlagsliste 4 entfielen _____ gültige Stimmen.

Zur Verteilung der Sitze auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmenzahlen, die jeder Vorschlagsliste zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

Liste 1**Liste 2****Liste 3****Liste 4**

Geteilt durch 1 _____ (____)

Geteilt durch 2 _____ (____)

Geteilt durch 3 _____ (____)

Geteilt durch 4 _____ (____)

Geteilt durch 5 _____ (____)

Die Reihenfolge der für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Es waren _____ Mitglieder zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____,
die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____ usw.

Innerhalb der Vorschlagsliste 1 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 2 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 3 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 4 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Nach der Reihenfolge der erreichten Stimmzahlen sind demnach gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____
aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

Die ersten Ersatzmitglieder der jeweils gewählten Listenbewerber sind:

aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____
aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____

*) Da die Liste _____ nicht genügend Bewerber enthält, fallen die überschüssigen Sitze den anderen Listen, die noch Bewerber enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

Das sind: aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____
aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____

Danach sind ferner gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____
aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

B. (bei Personenwahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Personenwahl durchgeführt. Zugelassen war/en der/die als Anlage beigefügte/n Wahlvorschlag/-vorschläge*).

Es war/en _____ Mitglied/er*) zu wählen

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Nach der Reihenfolge der erreichten Stimmzahlen ist/sind demnach folgende/r*) Bewerber gewählt:

Als erstes Ersatzmitglied ist gewählt:

Die örtliche Jugend und Auszubildendenvertretung, Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) besteht aus:

Besondere Vorkommnisse:

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

Der Wahlvorstand, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Wahlniederschrift

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), an der teilgenommen haben

1. _____ als Vorsitzende/r

2. _____

3. _____

ist das Ergebnis der am _____ durchgeführten Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) festgestellt worden.

Zu wählen waren _____ Mitglieder des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*), davon

_____ Vertreter der Beamten,

_____ Vertreter der Arbeitnehmer.

Es hat Gruppenwahl stattgefunden.

a) Vertreter der Beamten

Abgegeben wurden für die Gruppe der Beamten _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen, hiervon _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen in schriftlicher Stimmabgabe.

Davon waren gültig _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen; ungültig waren _____ Stimmzettel. Die Gültigkeit von _____ Stimmzetteln war zweifelhaft. Gründe für die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Stimmzettel:

A. (bei Verhältniswahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Zugelassen waren die als Anlage beigefügten Vorschlagslisten.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 1 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 2 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 3 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 4 entfielen _____ gültige Stimmen.

Zur Verteilung der Sitze auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmenzahlen, die den Listen zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht.

Liste 1

Liste 2

Liste 3

Liste 4

Geteilt durch 1 _____ (____)

Geteilt durch 2 _____ (____)

Geteilt durch 3 _____ (____)

Geteilt durch 4 _____ (____)

Geteilt durch 5 _____ (____)

Die Reihenfolge der für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Für die Gruppe der Beamten sind _____ Vertreter zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____,
die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____ usw.

Innerhalb der Vorschlagsliste 1 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 2 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 3 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 4 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Nach der Reihenfolge der von den Bewerbern erreichten Stimmzahlen sind demnach gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____
aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

Die ersten Ersatzmitglieder der jeweils gewählten Listenbewerber sind:

aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____
aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____

*) Da die Liste _____ nicht genügend Bewerber enthält, fallen die überschüssigen Sitze anderen Listen, die noch Bewerber enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

Das sind: aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____
aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____

Danach sind ferner gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____
aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

B. (bei Personenwahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Personenwahl durchgeführt. Zugelassen war/en der/die als Anlage beigefügte/n Wahlvorschlag/-vorschläge*).

Es waren _____ Vertreter der Beamten zu wählen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Nach der Reihenfolge der erreichten Stimmzahlen ist/sind demnach folgende(r*) Bewerber gewählt:

_____ Sitze der Beamtengruppe konnten nicht besetzt werden. Diese fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 WO-BayPVG (Niederschrift vom _____)**) ermittelten Höchstzahlen der Gruppe der Arbeitnehmer zu.

b) Vertreter der Arbeitnehmer

Abgegeben wurden für die Gruppe der Arbeitnehmer _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen, hiervon _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen in schriftlicher Stimmabgabe.

Davon waren gültig _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen – ungültig waren _____ Stimmzettel. Die Gültigkeit von _____ Stimmzetteln war zweifelhaft. Gründe für die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Stimmzettel:

A. (bei Verhältniswahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Zugelassen waren die als Anlage beigefügten Vorschlagslisten.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 1 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 2 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 3 entfielen _____ gültige Stimmen.

Auf die Bewerber der Vorschlagsliste 4 entfielen _____ gültige Stimmen.

Zur Verteilung der Sitze auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmzahlen, die den Listen zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

Liste 1	Liste 2	Liste 3	Liste 4
Geteilt durch 1 _____ (____)			
Geteilt durch 2 _____ (____)			
Geteilt durch 3 _____ (____)			
Geteilt durch 4 _____ (____)			
Geteilt durch 5 _____ (____)			

Die Reihenfolge für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Für die Gruppe der Arbeitnehmer sind _____ Vertreter zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____,
die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen _____ auf die Liste _____ usw.

Innerhalb der Vorschlagsliste 1 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 2 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 3 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 4 entfielen auf die einzelnen Bewerber folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Nach der Reihenfolge der von den Bewerbern erreichten Stimmzahlen sind demnach gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____
aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

Die ersten Ersatzmitglieder der jeweils gewählten Listenbewerber sind:

aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____
aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____

*) Da die Liste _____ nicht genügend Bewerber enthält, fallen ihre überschüssigen Sitze anderen Listen, die noch Bewerber enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

Das sind: aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____
aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____

Danach sind ferner gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____
aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

B. (bei Personenwahl)*)

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Personenwahl durchgeführt. Zugelassen war der als Anlage beigefügte Wahlvorschlag.

Es waren _____ Vertreter der Arbeitnehmer zu wählen.

- Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Nach der Reihenfolge der erreichten Stimmzahlen ist/sind demnach folgende/r*) Bewerber gewählt:

Als erstes Ersatzmitglied ist gewählt:

_____ Sitze der Arbeitnehmergruppe konnten nicht besetzt werden. Diese fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 WO-BayPVG (Niederschrift vom _____)**) ermittelten Höchstzahlen der Gruppe der Beamten zu.

Der Personalrat, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat *) besteht aus

- _____ als Vertreter der Beamten,
- _____ als Vertreter der Arbeitnehmer.

Besondere Vorkommnisse:

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

***) vgl. Vordruck 2

Der Wahlvorstand, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Wahlniederschrift

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), an der teilgenommen haben

1.

als Vorsitzende/r

2.

3.

ist das Ergebnis der am _____ durchgeführten Wahl des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) festgestellt worden.

Zu wählen waren _____ Mitglieder des Personalrats, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*), davon

_____ Vertreter der Beamten,

_____ Vertreter der Arbeitnehmer.

Es hat gemeinsame Wahl stattgefunden.

Abgegeben wurden insgesamt _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen, hiervon _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen in schriftlicher Stimmabgabe.

Davon waren gültig _____ Stimmzettel bzw. _____ Stimmen; ungültig waren _____ Stimmzettel. Die Gültigkeit von _____ Stimmzetteln war zweifelhaft. Gründe für die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Stimmzettel:

A. (bei Verhältniswahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Zugelassen waren die als Anlage beigefügten Vorschlagslisten.

a) Vertreter der Beamten

Auf die Bewerber der Gruppe der Beamten

der Vorschlagsliste 1 entfielen _____ gültige Stimmen.

der Vorschlagsliste 3 entfielen _____ gültige Stimmen.

der Vorschlagsliste 2 entfielen _____ gültige Stimmen.

der Vorschlagsliste 4 entfielen _____ gültige Stimmen.

Zur Verteilung der Sitze der Gruppe der Beamten auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmzahlen, die der Gruppe der Beamten auf jeder Vorschlagsliste zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt.
Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

Liste 1

Geteilt durch 1 ____ (____)

Geteilt durch 2 ____ (____)

Geteilt durch 3 ____ (____)

Geteilt durch 4 ____ (____)

Geteilt durch 5 ____ (____)

Liste 2

Geteilt durch 1 ____ (____)

Geteilt durch 2 ____ (____)

Geteilt durch 3 ____ (____)

Geteilt durch 4 ____ (____)

Geteilt durch 5 ____ (____)

Liste 3

Geteilt durch 1 ____ (____)

Geteilt durch 2 ____ (____)

Geteilt durch 3 ____ (____)

Geteilt durch 4 ____ (____)

Geteilt durch 5 ____ (____)

Liste 4

Geteilt durch 1 ____ (____)

Geteilt durch 2 ____ (____)

Geteilt durch 3 ____ (____)

Geteilt durch 4 ____ (____)

Geteilt durch 5 ____ (____)

Die Reihenfolge der für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Für die Gruppe der Beamten sind ____ Vertreter zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen ____ auf die Liste ____, die Höchstzahlen ____ auf die Liste ____,
die Höchstzahlen ____ auf die Liste ____, die Höchstzahlen ____ auf die Liste ____ usw.

Innerhalb der Vorschlagsliste 1 entfielen auf die einzelnen Bewerber der Gruppe der Beamten folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Innerhalb der Vorschlagsliste 2 entfielen auf die einzelnen Bewerber der Gruppe der Beamten folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Innerhalb der Vorschlagsliste 3 entfielen auf die einzelnen Bewerber der Gruppe der Beamten folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Innerhalb der Vorschlagsliste 4 entfielen auf die einzelnen Bewerber der Gruppe der Beamten folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Name: _____ Stimmzahl: ____ Name: _____ Stimmzahl: ____

Nach der Reihenfolge der von den Beamtenvertretern erreichten Stimmzahlen sind demnach gewählt:

aus Liste ____ die Bewerber _____ aus Liste ____ die Bewerber _____

aus Liste ____ die Bewerber _____ aus Liste ____ die Bewerber _____

*) Da die Liste ____ nicht genügend Beamtenvertreter enthält, fallen die überschüssigen Sitze den anderen Listen, die noch Beamtenvertreter enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

Das sind: aus Liste ____ die Höchstzahlen ____ aus Liste ____ die Höchstzahlen ____

aus Liste ____ die Höchstzahlen ____ aus Liste ____ die Höchstzahlen ____

Danach sind ferner gewählt:

aus Liste ____ die Bewerber _____ aus Liste ____ die Bewerber _____

aus Liste ____ die Bewerber _____ aus Liste ____ die Bewerber _____

*) ____ Sitze der Beamtengruppe konnten nicht besetzt werden. - Diese fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 WO-BayPVG (Niederschrift vom _____)**) ermittelten Höchstzahlen der Gruppe der Arbeitnehmer zu.

b) Vertreter der Arbeitnehmer

Auf die Bewerber der Gruppe der Arbeitnehmer

der Vorschlagsliste 1 entfielen ____ gültige Stimmen.

der Vorschlagsliste 3 entfielen ____ gültige Stimmen.

der Vorschlagsliste 2 entfielen ____ gültige Stimmen.

der Vorschlagsliste 4 entfielen ____ gültige Stimmen.

Zur Verteilung der Sitze der Gruppe der Arbeitnehmer auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmzahlen, die der Gruppe der Arbeitnehmer auf jeder Vorschlagsliste zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt.
Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

<u>Liste 1</u>	<u>Liste 2</u>	<u>Liste 3</u>	<u>Liste 4</u>
Geteilt durch 1 ____ (____)			
Geteilt durch 2 ____ (____)			
Geteilt durch 3 ____ (____)			
Geteilt durch 4 ____ (____)			
Geteilt durch 5 ____ (____)			

Die Reihenfolge der für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Für die Gruppe der Arbeitnehmer sind ____ Vertreter zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen ____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen ____ auf die Liste _____,
die Höchstzahlen ____ auf die Liste _____, die Höchstzahlen ____ auf die Liste _____ usw.

Innerhalb der Vorschlagsliste 1 entfielen auf die einzelnen Bewerber d. Gruppe der Arbeitnehmer folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 2 entfielen auf die einzelnen Bewerber d. Gruppe der Arbeitnehmer folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 3 entfielen auf die einzelnen Bewerber d. Gruppe der Arbeitnehmer folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Innerhalb der Vorschlagsliste 4 entfielen auf die einzelnen Bewerber d. Gruppe der Arbeitnehmer folgende gültige Stimmen:

Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____
Name: _____ Stimmzahl: _____ Name: _____ Stimmzahl: _____

Nach der Reihenfolge der von den Arbeitnehmervetretern erreichten Stimmzahlen sind demnach gewählt:

aus Liste ____ die Bewerber _____ aus Liste ____ die Bewerber _____
aus Liste ____ die Bewerber _____ aus Liste ____ die Bewerber _____

Die ersten Ersatzmitglieder der jeweils gewählten Listenbewerber sind:

aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____

aus Liste _____ der Bewerber _____ aus Liste _____ der Bewerber _____

*) Da die Liste _____ nicht genügend Arbeitnehmervertreter enthält, fallen die überschüssigen Sitze den anderen Listen, die noch Arbeitnehmervertreter enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

Das sind: aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____

aus Liste _____ die Höchstzahlen _____ aus Liste _____ die Höchstzahlen _____

Danach sind ferner gewählt:

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

aus Liste _____ die Bewerber _____ aus Liste _____ die Bewerber _____

*) _____ Sitze der Arbeitnehmergruppe konnten nicht besetzt werden. Diese fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 WO-BayPVG (Niederschrift vom _____)**) ermittelten Höchstzahlen der Gruppe der Beamten zu.

B. (bei Personenwahl)*

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Personenwahl durchgeführt. Zugelassen war/en der/die als Anlage beigefügte/n Wahlvorschlag/-vorschläge *).

a) Vertreter der Beamten

Es waren _____ Vertreter der Beamten zu wählen

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Nach der Reihenfolge der erreichten Stimmzahlen sind demnach folgende Bewerber gewählt:

*) _____ Sitze der Beamtengruppe konnten nicht besetzt werden. Diese fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 WO-BayPVG (Niederschrift vom _____)**) ermittelten Höchstzahlen der Gruppe der Arbeitnehmer zu.

b) Vertreter der Arbeitnehmer

Es waren _____ Vertreter der Arbeitnehmer zu wählen

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Auf den Bewerber _____ entfielen _____ Stimmen.

Nach der Reihenfolge der erreichten Stimmzahlen sind demnach folgende Bewerber gewählt:

Als erstes Ersatzmitglied ist gewählt:

*) _____ Sitze der Arbeitnehmergruppe konnten nicht besetzt werden. Diese fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 WO-BayPVG (Niederschrift vom _____)**) ermittelten Höchstzahlen der Gruppe der Beamten zu.

Der Personalrat, Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) besteht aus

_____ als Vertreter der Beamten,
_____ als Vertreter der Arbeitnehmer.

Besondere Vorkommnisse:

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

***) vgl. Vordruck 2

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
 bis zum Abschluss der Stimmabgabe
 abgenommen am _____

Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*)

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)

bei _____ besteht aus

(Dienststelle)

1.

Vorname, Familienname

Amts- oder Berufsbezeichnung

Vorsitzende/r

Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer

2.

Vorname, Familienname

Amts- oder Berufsbezeichnung

Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer

3.

Vorname, Familienname

Amts- oder Berufsbezeichnung

Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer

Evtl. Ersatzmitglieder**):

1.

Vorname, Familienname

Amts- oder Berufsbezeichnung

Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer

2.

Vorname, Familienname

Amts- oder Berufsbezeichnung

Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer

3.

Vorname, Familienname

Amts- oder Berufsbezeichnung

Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Vorabstimmungen über eine vom Gesetz abweichende Verteilung der Sitze auf die Gruppen oder über gemeinsame Wahl nur berücksichtigt werden können, wenn ihr Ergebnis dem Bezirks-/Haupt-/Wahlvorstand*) spätestens am _____ (***) vorliegt (§ 4 Abs. 2, §§ 33, 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Diese Bekanntmachung ist am _____ bis zum Abschluss der Wahl in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs der / des _____ durch Aushang bekannt zu geben.

(Dienststelle)

Vorsitzende/r****)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

**) Im Vertretungsfall soll ein Ersatzmitglieder aus der Gruppe des verhinderten Mitglieds eintreten, § 1 Abs. 1 Satz 2 WO-BayPVG

***) Das hier einzusetzende Datum ergibt sich aus § 4 Abs. 2 Satz 1 WO-BayPVG.

****) Die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden ist ausreichend.

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
 bis zum Abschluss der Stimmabgabe
 abgenommen am _____

Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*)

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) für die Wahl der Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*)

bei _____ besteht aus

(Dienststelle)

1.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	Vorsitzende/r

	Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

2.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	

	Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

3.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	

	Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

Evtl. Ersatzmitglieder**):

1.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	

	Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

2.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	

	Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

3.	_____	_____	_____
	Vorname, Familienname	Amts- oder Berufsbezeichnung	

	Dienstanschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer		

Diese Bekanntmachung ist am _____ bis zum Abschluss der Wahl in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs der / des _____ durch Aushang bekannt zu geben.
 (Dienststelle)

Vorsitzende/r***)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

) Falls Ersatzmitglieder bestellt wurden, sind deren Namen anzugeben. Es muss **immer mindestens eine nach Art. 14 BayPVG wählbare Person, die nicht zur Jugend- und Auszubildendenvertretung wahlberechtigt ist, zum Wahlvorstand gehören.

***) Die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden ist ausreichend

Vordruck 6a: Bekanntgabe der Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands für die Wahl der Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (§ 1 Abs. 5, § 32 Abs. 1, § 45 Abs. 1, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG)

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand *)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Niederschrift über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) und ihre Verteilung auf die Gruppen

In der heutigen Sitzung des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), an der teilgenommen haben

1. _____

als Vorsitzende/r

2. _____

3. _____

wurde die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats *) und die Verteilung der Sitze auf die Gruppen errechnet, nachdem festgestellt worden war, dass bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung vom _____ angegebenen Frist dem Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) eine Mitteilung über eine Vorabstimmung wegen der abweichenden Verteilung der Sitze auf die Gruppen nicht zugegangen ist.

Die Zahl der Beschäftigten beträgt in der Regel _____, davon _____ Beamte und _____ Arbeitnehmer. Es sind daher _____ Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats *) zu wählen.

Zur Verteilung der Sitze auf die Gruppen wurden die Zahlen der Beschäftigten der einzelnen Gruppen durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

	Beamte:	_____	Arbeitnehmer:	_____
geteilt durch 1	_____	(_____)	_____	(_____)
geteilt durch 2	_____	(_____)	_____	(_____)
geteilt durch 3	_____	(_____)	_____	(_____)
geteilt durch 4	_____	(_____)	_____	(_____)

Die Reihenfolge der für die Zuteilung der Sitze in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern. Hiernach – würden –*) entfallen auf die Gruppe der

Beamten	_____	Sitze
Arbeitnehmer	_____	Sitze

*) Aus Art. 53 Abs. 5, Art. 56 BayPVG und § 36 Abs. 2, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG ergibt sich jedoch folgende, von dem Höchstzahlenergebnis abweichende Verteilung:

Beamte	_____	Sitze
Arbeitnehmer	_____	Sitze

Begründung: _____

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
bis zum Abschluss der Stimmabgabe
abgenommen am _____

Wahlausschreiben für die Wahl der Bezirks-, Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*)

Gemäß Art. 57, 64 des Bayer. Personalvertretungsgesetzes ist eine Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) für den Geschäftsbereich des/der _____ zu wählen.
(Bezeichnung der Dienststelle)

Die Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) besteht aus _____ Mitgliedern (Art. 64, 59 Abs. 1 BayPVG).

Frauen und Männer sollen in der Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten im Geschäftsbereich vertreten sein.

Anteil der Frauen und Männer an den Wahlberechtigten der Dienststelle:

Gesamt	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
--------	---------------------------------	-------------------------------

Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder als Dienstanfänger, Beamte im Vorbereitungsdienst oder Auszubildende das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; Art. 13 BayPVG gilt entsprechend (Art. 58 Abs. 1 BayPVG).

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

Die Wahlberechtigten und die in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, innerhalb von 25 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens und spätestens am 52. Kalendertag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe, also spätestens bis zum _____ bis _____ Uhr, beim Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) Wahlvorschläge einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens _____ Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Dies gilt nicht für Wahlvorschläge der in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaften; diese müssen von zwei Beauftragten unterzeichnet sein, die Beschäftigte im Geschäftsbereich der Behörde, bei der die Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) gebildet ist, sein und einer dort vertretenen Gewerkschaft angehören müssen.

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten, die Änderungen enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele, maximal jedoch zehnmal so viele Bewerber aufweisen, wie Mitglieder der Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) zu wählen sind. Es soll darauf geachtet werden, dass jeder Wahlvorschlag mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthält, wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze auf Frauen und Männer zu erreichen. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle anzugeben. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl der Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*) berechtigt ist (Listenvertreter). Auf dem Wahlvorschlag der Gewerkschaften muss vermerkt sein, wer von den Unterzeichnern der Listenvertreter ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

Die Stimmabgabe findet am _____ statt.
(Abstimmungstag)

Die Sitzung des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____ (Ortsbezeichnung) statt.

Ort und Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: _____, _____ (**)

An diesem Tage ist das Wahlausschreiben in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs auszuhängen.

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Ausgehängt am: _____

bis zum Abschluss der Stimmabgabe

abgenommen am: _____

A. Ergänzung des Wahlausschreibens, § 38 Abs. 2, § 45 Abs. 1, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG*)

Das vorstehende Wahlausschreiben wird wie folgt ergänzt:

Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt

im

Ortsbezeichnung

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluss der Stimmabgabe arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb von 30 Kalendertagen seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden.

Letzter Tag der Einspruchsfrist ist der _____.

Ein Abdruck der Wahlordnung vom _____ liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ bis zum Abschluss der Stimmabgabe an dieser Stelle durch Aushang bekanntgegeben.

Die Stimmabgabe findet statt

am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____ (Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung).

Den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstandes*) und als Absenderangabe den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, erhalten

- a) auf Verlangen Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben,
- b) auf Verlangen Wahlberechtigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein,
- c) auf Verlangen Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege sowie Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern,
- d) von Amts wegen Wahlberechtigte, die einer Gruppe von nicht mehr als 5 Beschäftigten in einer Dienststelle angehören (§§ 42, 45 Abs. 1, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG),
- e) auf Verlangen Wahlberechtigte gem. Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG.

*) Für die

a) folgenden nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Dienststellenteile

- _____
(Ortsbezeichnung)

- _____
(Ortsbezeichnung)

b) Beschäftigten im Schichtdienst

wird die schriftliche Stimmabgabe angeordnet. Eine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht gleichwohl am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____.
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

*) Die Wahlunterlagen werden ab _____ an die dienstliche Anschrift der Wahlberechtigten übersandt. / Die Wahlunterlagen können ab _____ arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr in _____ entgegengenommen werden.
(Ortsbezeichnung)

Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind abzugeben in _____.
(Ortsbezeichnung)

B. Hinweis auf die Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands, § 38 Abs. 3, § 45 Abs. 1, §§ 52, 53 Abs. 2 WO-BayPVG*)

Zur Ergänzung des vorstehenden Wahlausschreibens wird für folgende Angaben auf die entsprechenden Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands hingewiesen:

- Ausliegen des für die örtliche Dienststelle aufgestellten Wählerverzeichnisses und der Wahlordnung vom _____ zur Einsichtnahme,
- Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis,
- Ort der Bekanntgabe der Wahlvorschläge,
- Ort und Tageszeit der Stimmabgabe,
- Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe,
- Anordnung der schriftlichen Stimmabgabe für nachgeordnete Stellen, Nebenstellen und Dienststellenteile und wann und wo die Wahlunterlagen entgegengenommen werden können,
- Ort für die Abgabe von Einsprüchen und anderen Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand.

Gehören der Dienststelle in einer Gruppe in der Regel nicht mehr als 5 wahlberechtigte Beschäftigte an, so können diese ihre Stimme zur Wahl der Bezirks-/Haupt- und Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung*) nur schriftlich beim Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) abgeben. Die Wahlpapiere werden von Amts wegen zur Verfügung gestellt.

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

***) Datum des Aushangs und Datum des Erlasses dieses Wahlausschreibens sind identisch.

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
bis zum Abschluss der Stimmabgabe
abgenommen am _____

Wahlausschreiben für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)

Gemäß Art. 53, 56 des Bayer. Personalvertretungsgesetzes ist für den Geschäftsbereich des/der _____ ein Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) zu wählen.
(Bezeichnung der Dienststelle)

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) besteht aus _____ Mitgliedern (Art. 53 Abs. 2, Art. 56 BayPVG). Davon erhalten

- die Beamten _____ Vertreter,
- die Arbeitnehmer _____ Vertreter.
- **) _____

Frauen und Männer sollen im Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten im Geschäftsbereich vertreten sein.

Anteil der Frauen und Männer an den Wahlberechtigten der Dienststelle:

Gesamt	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Beamten	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Arbeitnehmer	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.

Die Beamten und Arbeitnehmer _____ **) wählen ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen (Gruppenwahl).

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

Die Wahlberechtigten und die in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, innerhalb von 25 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, d. h. spätestens bis zum _____ bis _____ Uhr, beim Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) Wahlvorschläge für jede Gruppe einzureichen.

Die Wahlvorschläge der

- Beamtengruppe müssen von mindestens _____ wahlberechtigten Gruppenangehörigen, die der
- Arbeitnehmergruppe von mindestens _____ wahlberechtigten Gruppenangehörigen

**) _____

unterzeichnet sein. Dies gilt nicht für Wahlvorschläge der in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaften; diese müssen von zwei Beauftragten unterzeichnet sein, die Beschäftigte im Geschäftsbereich der Behörde, bei der der Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) gebildet ist, sein und einer dort vertretenen Gewerkschaft angehören müssen. Die Wahlvorschläge sind für die Gruppen getrennt einzureichen***).

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten, die Änderungen enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele, maximal jedoch zehnmal so viele Bewerber aufweisen, wie in dem Wahlgang Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) für die Gruppe zu wählen sind. Es soll darauf geachtet werden, dass jeder Wahlvorschlag mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthält, wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze im Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) auf Frauen und Männer zu erreichen. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle und bei gruppenfremden Bewerbern die

Vordruck 8a: Wahlausschreiben für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats in Gruppenwahl (§ 38 Abs. 2, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG)

Gruppenzugehörigkeit anzugeben. Vorschläge für die Stimmabgabe (Stimmenhäufung) dürfen die Wahlvorschläge nicht enthalten. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*) berechtigt ist (Listenvertreter). Auf dem Wahlvorschlag der Gewerkschaften muss vermerkt sein, wer von den Unterzeichnern der Listenvertreter ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

Die Stimmabgabe findet am _____ statt.
(Abstimmungstag)

Ort und Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: _____, _____ ****)

An diesem Tage ist das Wahlausschreiben in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs auszuhängen.

Die Sitzung des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____ statt.
(Ortsbezeichnung)

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Ausgehängt am: _____
bis zum Abschluss der Stimmabgabe
abgenommen am: _____

A. Ergänzung des Wahlausschreibens, § 38 Abs. 2, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG*)

Das vorstehende Wahlausschreiben wird wie folgt ergänzt:

Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt für die Gruppe der **Beamten** im _____

Ortsbezeichnung

der **Arbeitnehmer** im _____

Ortsbezeichnung

**) _____

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluss der Stimmabgabe arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb von 30 Kalendertagen seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist ist der _____.

Ein Abdruck der Wahlordnung vom _____ liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ bis zum Abschluss der Stimmabgabe an dieser Stelle durch Aushang bekanntgegeben.

Die Stimmabgabe findet statt für die:

Beamten am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

Arbeitnehmer am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

**) _____

Den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumsschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*) und als Absenderangabe den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, erhalten

- a) auf Verlangen Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben,
- b) auf Verlangen Wahlberechtigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein,
- c) auf Verlangen Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege sowie Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern,
- d) von Amts wegen Wahlberechtigte, die einer Gruppe von nicht mehr als 5 Beschäftigten in einer Dienststelle angehören (§ 42 WO-BayPVG),
- e) auf Verlangen Wahlberechtigte gem. Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG.

*) Für die

- a) folgenden nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Dienststellenteile

- _____
 (Ortsbezeichnung)

- _____
 (Ortsbezeichnung)

- b) Beschäftigten im Schichtdienst

wird die schriftliche Stimmabgabe angeordnet. Eine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht gleichwohl am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____.
 (Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

*) Die Wahlunterlagen werden ab _____ an die dienstliche Anschrift der Wahlberechtigten übersandt. / Die Wahlunterlagen können ab _____ arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr in _____ entgegengenommen werden.
 (Ortsbezeichnung)

Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind abzugeben in _____.
 (Ortsbezeichnung)

B. Hinweis auf die Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands, § 38 Abs. 3, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG*)

Zur Ergänzung des vorstehenden Wahlausschreibens wird für folgende Angaben auf die entsprechenden Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands hingewiesen:

- Ausliegen des für die örtliche Dienststelle aufgestellten Wählerverzeichnisses und der Wahlordnung vom _____ zur Einsichtnahme,
- Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis,
- Ort der Bekanntgabe der Wahlvorschläge,
- Ort und Tageszeit der Stimmabgabe,
- Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe,
- Anordnung der schriftlichen Stimmabgabe für Beschäftigte im Schichtbetrieb oder von nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teilen einer Dienststelle, wann in diesem Fall die Wahlunterlagen ausgehändigt oder übersandt werden und wo gleichwohl die Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht,
- Ort für die Abgabe von Einsprüchen und anderen Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand.

Gehören der Dienststelle in einer Gruppe in der Regel nicht mehr als 5 wahlberechtigte Beschäftigte an, so können diese ihre Stimme zur Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) nur schriftlich beim Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) abgeben. Die Wahlpapiere werden von Amts wegen ausgehändigt oder übersandt.

Vorsitzende/r

 (Unterschrift)

 (Unterschrift)

 (Unterschrift)

- *) Nichtzutreffendes streichen.
- *) Etwaige besondere Gruppen nach Art. 53 Abs. 6 BayPVG
- ***) Die Angaben nach § 8 Abs. 4 Sätze 1 bis 4 sollen zusätzlich elektronisch übermittelt werden.
- ****) Datum des Aushangs und Datum des Erlasses dieses Wahlausschreibens sind identisch.

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*)

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Aushang am _____
bis zum Abschluss der Stimmabgabe
abgenommen am _____

Wahlausschreiben für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*)

Gemäß Art. 53, 56 des Bayer. Personalvertretungsgesetzes ist für den Geschäftsbereich des/der
_____ ein Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) zu wählen.
(Bezeichnung der Dienststelle)

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) besteht aus _____ Mitgliedern (Art. 53 Abs. 2, Art. 56 BayPVG). Davon erhalten

die Beamten _____ Vertreter,
die Arbeitnehmer _____ Vertreter.
**)

Frauen und Männer sollen im Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) entsprechend ihrem Anteil an den wahlberechtigten Beschäftigten im Geschäftsbereich vertreten sein.

Anteil der Frauen und Männer an den Wahlberechtigten der Dienststelle:

Gesamt	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Beamten	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.
Gruppe der Arbeitnehmer	Anteil der Frauen: _____ v. H.,	Anteil der Männer _____ v. H.

Der Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) wird in gemeinsamer Wahl gewählt.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

Die Wahlberechtigten und die in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaften werden aufgefordert, innerhalb von 25 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, d. h. spätestens bis zum _____ bis _____ Uhr, beim Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) Wahlvorschläge einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens _____ Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

Dies gilt nicht für Wahlvorschläge der in einer Dienststelle des Geschäftsbereichs vertretenen Gewerkschaften; diese müssen von zwei Beauftragten unterzeichnet sein, die Beschäftigte im Geschäftsbereich der Behörde, bei der der Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) gebildet ist, sein und einer dort vertretenen Gewerkschaft angehören müssen.

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten, die Änderungen enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele, maximal jedoch zehnmal so viele Bewerber aufweisen, wie in dem Wahlgang Mitglieder des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrats*) zu wählen sind. Es soll darauf geachtet werden, dass jeder Wahlvorschlag mindestens so viele Bewerberinnen und Bewerber enthält, wie erforderlich sind, um die anteilige Verteilung der Sitze im Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrat*) auf Frauen und Männer zu erreichen. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Amts-, Berufs- oder Funktionsbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle und bei gruppenfremden Bewerbern die Gruppenzugehörigkeit anzugeben. Vorschläge für die Stimmabgabe (Stimmhäufung) dürfen die Wahlvorschläge nicht enthalten. In dem Wahlvorschlag sind die Bewerber jeweils nach Gruppen zusammenzufassen. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Bezirks-/Haupt-/

Gesamtpersonalrat*) nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*) berechtigt ist (Listenvertreter). Auf dem Wahlvorschlag der Gewerkschaften muss vermerkt sein, wer von den Unterzeichnern der Listenvertreter ist. Fehlt eine Angabe hierüber, so gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.

Die Stimmabgabe findet am _____ statt.
(Abstimmungstag)

Ort und Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: _____, _____ (***)

An diesem Tage ist das Wahlausschreiben in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs auszuhängen.

Die Sitzung des Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*), in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____ statt.
(Ortsbezeichnung)

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

Der Wahlvorstand

(Dienststelle)

(Ort, Datum)

Ausgehängt am: _____
bis zum Abschluss der Stimmabgabe
abgenommen am: _____

A. Ergänzung des Wahlausschreibens, § 38 Abs. 2, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG*)

Das vorstehende Wahlausschreiben wird wie folgt ergänzt:
Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt

im _____
Ortsbezeichnung

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluss der Stimmabgabe arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb von 30 Kalendertagen seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden.

Letzter Tag der Einspruchsfrist ist der _____.

Ein Abdruck der Wahlordnung vom _____ liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am _____ bis zum Abschluss der Stimmabgabe an dieser Stelle durch Aushang bekanntgegeben.

Die Stimmabgabe findet statt

am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

Den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumsschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes, Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstands*) und als Absenderangabe den Namen und die dienstliche Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, erhalten

- auf Verlangen Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben,
- auf Verlangen Wahlberechtigte, die zu einer auswärtigen Dienststelle abgeordnet sind, ohne in ihr wahlberechtigt zu sein,

- c) auf Verlangen Studierende an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege sowie Lehrgangsteilnehmer an der Bayerischen Verwaltungsschule und an den Verwaltungsschulen des Freistaates Bayern,
- d) von Amts wegen Wahlberechtigte, die einer Gruppe von nicht mehr als 5 Beschäftigten in einer Dienststelle angehören (§ 42 WO-BayPVG),
- e) auf Verlangen Wahlberechtigte gem. Art. 13 Abs. 1 Satz 2 BayPVG.

*) Für die

- a) folgenden nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Dienststellenteile

- _____
(Ortsbezeichnung)

- _____
(Ortsbezeichnung)

- b) Beschäftigten im Schichtdienst

wird die schriftliche Stimmabgabe angeordnet. Eine Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht gleichwohl am _____ von _____ bis _____ Uhr in _____.
(Abstimmungstag) (Ortsbezeichnung)

*) Die Wahlunterlagen werden ab _____ an die dienstliche Anschrift der Wahlberechtigten übersandt. / Die Wahlunterlagen können ab _____ arbeitstäglich von _____ bis _____ Uhr in _____ entgegengenommen werden.
(Ortsbezeichnung)

Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand sind abzugeben in

(Ortsbezeichnung)

B. Hinweis auf die Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands, § 38 Abs. 3, §§ 46, 53 Abs. 1 WO-BayPVG*)

Zur Ergänzung des vorstehenden Wahlausschreibens wird für folgende Angaben auf die entsprechenden Angaben im Wahlausschreiben des örtlichen Wahlvorstands hingewiesen:

- Ausliegen des für die örtliche Dienststelle aufgestellten Wählerverzeichnisses und der Wahlordnung vom _____ zur Einsichtnahme,
- Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis,
- Ort der Bekanntgabe der Wahlvorschläge,
- Ort und Tageszeit der Stimmabgabe,
- Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe,
- Anordnung der schriftlichen Stimmabgabe für Beschäftigte im Schichtbetrieb oder von nachgeordneten Stellen, Nebenstellen oder Teilen einer Dienststelle, wann in diesem Fall die Wahlunterlagen ausgehändigt oder übersandt werden und wo gleichwohl die Möglichkeit zur persönlichen Stimmabgabe besteht,
- Ort für die Abgabe von Einsprüchen und anderen Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand.

Gehören der Dienststelle in einer Gruppe in der Regel nicht mehr als 5 wahlberechtigte Beschäftigte an, so können diese ihre Stimme zur Wahl des Bezirks-/Haupt-/Gesamtpersonalrates*) nur schriftlich beim Bezirks-/Haupt-/Gesamtwahlvorstand*) abgeben. Die Wahlpapiere werden von Amts wegen zur Verfügung gestellt.

Vorsitzende/r

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen.

***) Etwaige besondere Gruppen nach Art. 53 Abs. 6 BayPVG

****) Datum des Aushangs und Datum des Erlasses dieses Wahlausschreibens sind identisch.

Ausbildungs- und Prüfungswesen

Durchführung der Zwischenprüfung 2011 in der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

vom 18. November 2010
Az.: PE - P 3532 - 002 - 46 085/10

In der Zeit vom **14. bis 21. April 2011** findet die Zwischenprüfung für die Finanzanwärter 2010 und für Beamte in der Ausbildungsqualifizierung für die dritte Qualifikationsebene statt, die im Herbst 2010 mit der Ausbildung dazu begonnen haben.

Sofern die Durchführung einer Wiederholungsprüfung erforderlich werden sollte, wird sie voraussichtlich in der Zeit vom **8. bis 15. Juli 2011** abgehalten.

Für die Prüfungen gelten die Bestimmungen des Vierten Teils (§§ 33 bis 49) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (StBAPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1996 (BGBl I S. 1581), geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 29. Juli 2002 (BGBl I S. 2917).

Zur Durchführung der §§ 33 ff. StBAPO wird für die Zwischenprüfung 2011 Folgendes bestimmt:

Zu § 35

Anträge auf Nachteilsausgleich sind bis zum **10. Januar 2011** auf dem Dienstweg beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. Später eingehende Anträge können nur in begründeten Einzelfällen berücksichtigt werden.

Zu § 38

Als fünftes Prüfungsgebiet ist eine Aufgabe aus dem Gebiet „Öffentliches Recht“ zu bearbeiten.

Zu § 47 Abs. 1

Finanzanwärter, die auch die Wiederholungsprüfung nicht bestehen, scheiden mit Aushändigung der Mitteilung über das endgültige Nichtbestehen der Zwischenprüfung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf aus, für Beamte in der Ausbildungsqualifizierung für die dritte Qualifikationsebene endet diese mit Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

Weigert
Ministerialdirektor

Durchführung der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer (bisher: Steuersekretärprüfung) 2011

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

vom 18. November 2010
Az.: PE - P 3533 - 002 - 46 108/10

In der Zeit vom **14. bis 26. April 2011** findet der schriftliche Teil der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer (bisher: Steuersekretärprüfung) 2011 für die Steueranwärter 2009 und für Beamte in der Ausbildungsqualifizierung für die zweite Qualifikationsebene statt, die im Herbst 2009 mit der Ausbildung dazu begonnen haben.

Sofern die Durchführung einer Wiederholungsprüfung erforderlich werden sollte, wird sie voraussichtlich in der Zeit vom **13. bis 21. Oktober 2011** abgehalten.

Für die Prüfungen gelten die Bestimmungen des Vierten Teils (§§ 33 bis 49) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (StBAPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1996 (BGBl I S. 1581), geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 29. Juli 2002 (BGBl I S. 2917).

Zur Durchführung der §§ 33 ff. StBAPO wird für die Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer 2011 Folgendes bestimmt:

Als fünftes Prüfungsgebiet (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. e StBAPO) ist eine Aufgabe aus dem Bereich Steuererhebung in Verbindung mit Fragen der Datenverarbeitung zu bearbeiten.

Das Fach Körperschaftsteuer wird im Rahmen der Aufgabe „Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie Eigenheimzulage“ gemäß § 38 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b StBAPO mitgeprüft.

Anträge auf Nachteilsausgleich gemäß § 35 Abs. 3 StBAPO sind bis zum **25. Januar 2011** auf dem Dienstweg beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. Nach diesem Termin eingehende Anträge können nur in begründeten Ausnahmefällen berücksichtigt werden.

Weigert
Ministerialdirektor

**Durchführung der Qualifikationsprüfung
für den Einstieg
in der zweiten Qualifikationsebene
der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen
Schwerpunkt Staatsfinanz
(bisher: Regierungssekretärprüfung) 2011**

**Bekanntmachung
des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

**vom 22. November 2010
Az.: PE - P 3533 - 001 - 46 111/10**

In der Zeit vom **14. bis 21. April 2011** findet der schriftliche Teil der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Staatsfinanz für die Regierungssekretäranwärter 2009 und für Beamte in der Ausbildungsqualifizierung für die zweite Qualifikationsebene statt, die im Herbst 2009 mit der Ausbildung dazu begonnen haben.

Für die Prüfungen gelten die Bestimmungen des Vierten Abschnitts (§§ 25 bis 44) der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen nicht-technischen Staatsfinanzdienst (ZAPO/StF) vom 9. April 2006 (GVBl S. 209, BayRS 2038-3-5-6-F), geändert durch § 2 der Verordnung vom 15. Mai 2008 (GVBl S. 302).

Zur Durchführung der §§ 25 ff. ZAPO/StF wird Folgendes bestimmt:

Schriftliche Prüfungen sind in den Fächern

- Besoldungsrecht und Kindergeldrecht,
- Tarifrecht und Sozialversicherungsrecht,
- Versorgungsrecht und Beamtenrecht,
- Staatskunde, Politische Bildung und Verwaltungskunde und
- Haushaltsrecht, Kassenwesen, Rechnungswesen

abzulegen (§ 32 Abs. 1 Nr. 1 ZAPO/StF).

Anträge auf Nachteilsausgleich sind bis zum **4. Februar 2011** auf dem Dienstweg beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. Nach diesem Termin eingehende Anträge können nur in begründeten Einzelfällen berücksichtigt werden.

Weigert
Ministerialdirektor

**Durchführung der Qualifikationsprüfung
für den Einstieg
in der dritten Qualifikationsebene
der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen
Schwerpunkt Steuer
(bisher: Steuerinspektorprüfung) 2011**

**Bekanntmachung
des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

**vom 22. November 2010
Az.: PE - P 3534 - 002 - 46 086/10**

In der Zeit vom **30. Juni bis 7. Juli 2011** findet der schriftliche Teil der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der dritten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer 2011 für die Finanzanwärter 2008 und für Beamte in der Ausbildungsqualifizierung für die dritte Qualifikationsebene statt, die im Herbst 2008 mit der Ausbildung begonnen haben.

Die Wiederholungsprüfung (schriftlicher Teil) für die Prüfungsteilnehmer, die die Qualifikationsprüfung für den Einstieg in der dritten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen Schwerpunkt Steuer 2011 erstmals nicht bestehen, findet voraussichtlich in der Zeit vom **27. Oktober bis 3. November 2011** statt.

Für die Prüfungen gelten die Bestimmungen des Vierten Teils (§§ 33 bis 49) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (StBAPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1996 (BGBl I S. 1581), geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 29. Juli 2002 (BGBl I S. 2917).

Anträge auf Nachteilsausgleich gemäß § 35 Abs. 3 StBAPO sind bis zum **1. März 2011** auf dem Dienstweg beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. Später eingehende Anträge können nur in begründeten Einzelfällen berücksichtigt werden.

Weigert
Ministerialdirektor

Herausgeber/Redaktion: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Odeonsplatz 4, 80539 München, Telefon (0 89) 23 06-0, Telefax (089) 23 06-28 04, E-Mail: poststelle@stmf.bayern.de

Technische Umsetzung: Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck: Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (081 91) 1 26-7 25, Telefax (081 91) 1 26-8 55 E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen: Das Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen (FMBl) erscheint bis zu 24-mal

im Jahr. Es wird im Internet auf der „Verkundungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht und ist kostenfrei verfügbar. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung.

Eine Druckfassung der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Amtsblatts des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen kostet 40 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkundungsplattform Bayern“ entnommen werden.

ISSN 1867-9137
